

(11) Die Sitzungen des Verwaltungsrats sind öffentlich. Ausnahmen bestimmt die Satzung.	
<b>§ 19 Rechte und Pflichten des Verwaltungsrats</b>	
(1) Der Verwaltungsrat berät und kontrolliert den Vorstand. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:	§ 4 (7) EnergieVE
1. Erlass und Änderung der Satzung,	§ 4 (7) (1) EnergieVE
2. Bestellung und Widerruf der Bestellung sowie Abschluss, Änderung und Beendigung der Dienstverträge der Vorstandsmitglieder,	§ 4 (7) (2) EnergieVE
3. Erlass und Änderung der Geschäftsordnung des Verwaltungsrates,	§ 4 (7) (8) EnergieVE
4. Erlass und Änderung von Richtlinien für den Vorstand der Anstalt und die Überwachung ihrer Einhaltung,	
5. Erlass und die Änderung einer Wahlordnung für den Gesamt-Mieterrat und die Gebiets-Mieterräte,	Vgl. § 11 (3)(3) BerlBG
6. Verabschiedung bzw. Änderung von Grundsätzen für Preisbildung bei der Vermietung von Wohn- oder Geschäftsräumen,	
7. Verabschiedung bzw. Änderung von Grundsätzen für den Erwerb, die Veräußerung, Finanzierung und Belastung von bebauten und unbebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten und für Neubauten,	
8. Zustimmung zur Errichtung, Erwerb und Veräußerung von anderen Unternehmen und Beteiligungen,	Vgl. § 2 (2) BerlBG
9. Zustimmung zum Abschluss und zur Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Absatz 1 des Aktiengesetzes,	EnergieVE § 4 (7)(4)
10. Feststellung des Wirtschaftsplans (§ 106 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit § 110 der Landeshaushaltsordnung),	EnergieVE § 4 (7)(5)
11. Entlastung des Vorstands (§ 109 Absatz 3 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung), Entgegennahme und Erörterung des Jahresabschlusses, des dazugehörigen Prüfungsberichts sowie des Geschäftsberichts und des Evaluationsberichts des Vorstands,	EnergieVE § 4 (7)(6)
12. Bestimmung des Wirtschaftsprüfers oder der Wirtschaftsprüferin für die Prüfung des Jahresabschlusses im Einvernehmen mit dem Rechnungshof von Berlin,	
13. Befassung mit den von allen Beteiligungen und Tochterunternehmen zu erstellenden Prüfberichten,	

<p>14. Beschlüsse zu sonstigen Angelegenheiten, die vom Vorstand zur Entscheidung vorgelegt werden, sowie von sonstigen Weisungen an den Vorstand,</p> <p>15. Entscheidung über alle sonstigen Angelegenheiten der Anstalt, soweit es sich nicht um die Leitung und Geschäftsführung der Anstalt handelt.</p> <p>(2) In Angelegenheiten nach Absatz 1 Nummer 1 bedarf der Beschluss des Verwaltungsrats der Zustimmung des Abgeordnetenhauses.</p> <p>(3) Die Satzung regelt, zu welchen Geschäften und Maßnahmen der Vorstand der Zustimmung des Verwaltungsrats bedarf. Der Verwaltungsrat kann darüber hinaus bestimmen, in welchen Fällen von besonderer Bedeutung Geschäfte und Maßnahmen seiner Zustimmung bedürfen.</p> <p>(4) Der Verwaltungsrat kann Ausschüsse aus seiner Mitte bilden. Dem jeweiligen Ausschuss gehört mindestens ein nach § 18 Absatz 1 Nummer 2 bestelltes Mitglied an. Die Ausschüsse haben eine beratende Funktion und haben die Verhandlungen und Beschlüsse des Verwaltungsrates vorzubereiten. Für das Verfahren in den Ausschüssen gilt die Geschäftsordnung des Verwaltungsrates entsprechend. Die Ausschüsse berichten dem Verwaltungsrat regelmäßig über ihre Arbeit.</p> <p>(5) Ausschüsse der Anstalten können sich anstaltsübergreifend auf der Ebene des Landes Berlin als zusätzliche Beratungsgremien regelmäßig treffen.</p> <p>(6) Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben in den Sitzungen des Verwaltungsrats gegenüber dem Vorstand ein unbeschränktes Auskunfts- und Einsichtsrecht. Diese Rechte können außerhalb von Sitzungen nur von der bzw. dem Vorsitzenden oder im Einzelfall von einem durch Beschluss des Verwaltungsrats bestimmten Mitglied oder Dritten ausgeübt werden.</p> <p>(7) Der Verwaltungsrat beschließt Regelungen zur Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Verwaltungsrats nach § 18 Absatz 1 Nummer 2 und 3.</p> <p>(8) Der Verwaltungsrat beschließt Regelungen zur Übernahme von Fortbildungskosten nach § 18 Absatz 9.</p> <p>(9) Der Verwaltungsrat kann die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands näher festlegen.</p>	<p>EnergieVE § 4 (4)(9)</p> <p>§ 11 (6) BerlBG</p> <p>§ 11 (7) BerlBG</p> <p>§ 5 EnergieVE</p> <p>§ 5 EnergieVE</p>
<p><b>§ 20 Gesamt-Mieterrat</b></p> <p>(1) Zur Vertretung der Interessen der Mieterinnen und Mieter der jeweiligen Anstalt wird ein Gesamt-Mieterrat gebildet. Das Nähere regelt eine vom Senat zu erlassende Satzung.</p>	<p>Vgl. Wohnbau Gießen GmbH für Mietermitbestimmung</p>

(23)

<p>(2) Der Gesamt-Mieterrat besteht aus 15 Personen, die von den Mieterinnen und Mietern der Anstalt gewählt werden. Ein Mitglied soll Mieterin bzw. Mieter ohne deutsche Staatsangehörigkeit sein, ein Mitglied deutsche Mieterin bzw. deutscher Mieter mit Migrationshintergrund und ein Mitglied schwerbehinderte Mieterin bzw. schwerbehinderter Mieter sein.</p> <p>(3) Der Gesamt-Mieterrat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden und mindestens eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter.</p> <p>(4) Die Gesamt-Mieterräte der Anstalten nach § 10 können sich auf der Ebene des Landes Berlin als zusätzliches Beratungsgremium regelmäßig treffen.</p> <p>(5) Die Tätigkeit im Gesamt-Mieterrat ist ehrenamtlich. Eine Aufwandsentschädigung kann gewährt werden.</p> <p>(6) Zur Unterstützung des Gesamt-Mieterrates wird ein Sekretariat mit mindestens einer Vollzeitstelle gebildet.</p>	
<p><b>§ 21 Sitzungen des Gesamt-Mieterrates</b></p> <p>(1) Die Sitzungen des Gesamt-Mieterrates werden von der bzw. dem Vorsitzenden einberufen und geleitet. Die bzw. der Vorsitzende hat eine Sitzung unverzüglich einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel seiner Mitglieder oder der Vorstand dies unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangen.</p> <p>(2) Der Gesamt-Mieterrat ist beschlussfähig, wenn die Hälfte seiner Mitglieder in der Sitzung zugegen ist. Er fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der bzw. des Vorsitzenden.</p> <p>(3) Der Gesamt-Mieterrat gibt sich eine Geschäftsordnung, die weitere Einzelheiten regelt.</p>	
<p><b>§ 22 Zuständigkeit des Gesamt-Mieterrates</b></p> <p>(1) Der Gesamt-Mieterrat hat ein Recht auf Mitbestimmung bei Entscheidungen des Vorstandes, über</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. das Wohnungsbauprogramm einschließlich des Erwerbs und der Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,</li> <li>2. das Instandhaltungsprogramm,</li> <li>3. das Modernisierungsprogramm, und</li> <li>4. das Programm für Gemeinschaftseinrichtungen.</li> </ol> <p>Weitere Rechte auf Mitbestimmung bei Entscheidungen des Vorstandes kön-</p>	

<p>nen durch die Satzung der Anstalten eingeräumt werden.</p> <p>(2) Die in Absatz 1 genannten Entscheidungen des Vorstandes bedürfen, unbeschadet der gegebenenfalls erforderlichen Zustimmung anderer Organe, zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung des Gesamt-Mieterrates. Erfolgt auf schriftliche Aufforderung des Vorstandes hierzu innerhalb von acht Wochen keine Entscheidung, gilt die Zustimmung als erteilt.</p> <p>(3) Ist der Vorstand der Auffassung, dass eine Entscheidung des Gesamt-Mieterrates gegen die Interessen der Anstalt oder gegen Rechtsnormen verstößt, kann er unter Angabe von Gründen den Verwaltungsrat anrufen. Die fehlende Zustimmung des Gesamt-Mieterrates kann durch eine Entscheidung des Verwaltungsrates ersetzt werden.</p> <p>(4) Der Gesamt-Mieterrat hat das Recht zur Stellungnahme zu den wesentlichen Entscheidungen des Unternehmens, die Belange der Mieterinnen und Mieter berühren, insbesondere allgemeine Mieterhöhungen sowie An- und Verkäufe von Mietwohngrundstücken. Hierzu hat der Vorstand den Gesamt-Mieterrat rechtzeitig zu informieren.</p> <p>(5) Der Gesamt-Mieterrat hat das Recht, im Rahmen seiner Zuständigkeiten Vorschläge für Planungen und Richtlinien zu erarbeiten und hierfür von der Anstalt fachliche Beratung in Anspruch zu nehmen.</p> <p>(6) Der Gesamt-Mieterrat hat das Recht, beim Vorstand die notwendigen Informationen über alle sonstigen Entscheidungen, die für die Gesamtheit der Mieterinnen und Mieter wichtig sind, einzuholen. Dies gilt nicht für Organisations- und Personalangelegenheiten, persönliche Belange einzelner Mieterinnen bzw. Mieter oder sonstige schutzwürdige personenbezogene Daten.</p> <p>(7) Der Gesamt-Mieterrat kann den zuständigen Gebiets-Mieterrat zur Stellungnahme auffordern.</p> <p>(8) Die Mitglieder des Gesamt-Mieterrates sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.</p> <p>(9) Die Anstalt schließt für die Mitglieder des Gesamt-Mieterrates eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung ab.</p>	<p style="text-align: right;">L</p>
<p><b>§ 23 Gebiets-Mieterräte</b></p> <p>(1) Für räumlich abgegrenzte und möglichst zusammenhängende Wohnlagen wählen die Mieterinnen und Mieter der Anstalt aus ihrer Mitte Gebiets-Mieterräte, in welchen für jeweils zwischen 1.000 bis 2.000 Wohnungen eine Vertreterin bzw. ein Vertreter in den Gebiets-Mieterrat entsandt wird. Das Nähere regelt eine Wahlordnung.</p> <p>(2) Mit Zustimmung des jeweiligen Gesamt-Mieterrats können die Gebiets-</p>	<p style="text-align: right;">(24)</p>

Mieterräte auf der Ebene der Berliner Bezirke zu einem zusätzlichen Beratungsgremium (Bezirks-Mieterrat) zusammengefasst werden. Das Nähere regelt die Satzung.

(3) Die Gebiets-Mieterräte haben, soweit ihre örtliche Zuständigkeit gegeben ist, ein Mitwirkungsrecht bei

1. der Planung von größeren Instandhaltungsmaßnahmen,
2. der Planung von Modernisierungsinvestitionen,
3. der Freiflächengestaltung.

(4) Lässt sich ein Einvernehmen zwischen dem Gebiets-Mieterrat und dem Vorstand nicht herstellen, kann die strittige Angelegenheit dem Gesamt-Mieterrat zur weiteren Behandlung vorgelegt werden.

(5) Der örtlich zuständige Gebiets-Mieterrat hat das Recht zur Stellungnahme

1. bei Planungen der Anstalt über Umbauten von Wohnungen und Außenflächen in dem betreffenden Gebiet und
2. zur Hausordnung.

(6) Der örtlich zuständige Gebiets-Mieterrat hat ein Vorschlagsrecht

1. zu Nutzungskonzepten für Gemeinschaftseinrichtungen und
2. zur Verbesserung der Wohnsituation der Mieterinnen und Mieter.

(7) Der örtlich zuständige Gebiets-Mieterrat hat ein Informationsrecht über alle bedeutsamen Vorgänge, die die Belange der Gesamtheit der örtlichen Mieterschaft in dem Gebiet berühren.

(8) Die örtlichen Gebiets-Mieterräte haben die örtliche Mieterschaft über wichtige Fragen der Wohnraumversorgung zu informieren.

(9) Die Mieterräte nach Absatz 1 und 2 haben über personenbezogene Daten Vertraulichkeit zu wahren. Dies gilt auch für Organisations- und Personalangelegenheiten, sowie persönliche Belange einzelner Mieterinnen bzw. Mieter.

#### § 24 Fachbeirat

(1) Die Anstalt hat einen Fachbeirat dem 8 Mitglieder angehören. Für die Berufung und Abberufung der Mitglieder des Fachbeirates ist das Abgeordnetenhaus von Berlin zuständig, welches die näheren Regelungen festlegt. Es werden 6 Mitglieder berufen aus dem Kreis der Personen mit Sach- und Fachverstand die Aufgaben der Anstalt betreffend, die von den in Berlin tätigen

Vgl. § 4 (1) EnergieVE

(25)

<p>Verbänden oder Organisationen der Sozialarbeit bzw. Wohlfahrtspflege oder sonstigen örtlichen sozialen Einrichtungen und Mieterinitiativen benannt werden, sowie 2 Vertreterinnen bzw. Vertreter, die ausgewählt werden aus dem Kreis der Personen, die von den in Berlin tätigen Verbänden oder Organisationen zur Beratung und Interessenvertretung der Mieterinnen und Mieter in Berlin benannt werden. Die Abberufung erfolgt auf Wunsch der Stelle, die das Mitglied benannt hat. Die Möglichkeit zur Abberufung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.</p> <p>(2) Aufgabe des Fachbeirates ist die Beratung der Anstalt in allen die Aufgabenstellung betreffenden Angelegenheiten, insbesondere zur Sicherstellung des sozialen Versorgungsauftrages der Anstalten gemäß § 13.</p> <p>(3) Die Tätigkeit der Mitglieder des Fachbeirates ist ehrenamtlich. Eine Aufwandsentschädigung kann gewährt werden.</p> <p>(4) Der Fachbeirat soll in jedem Geschäftsjahr mindestens einmal einberufen werden. Der Fachbeirat wählt seine Vorsitzende bzw. seinen Vorsitzenden aus seiner Mitte, die bzw. der auch die Einberufung vorzunehmen hat. Die erste Einberufung erfolgt durch die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden des Verwaltungsrates.</p> <p>(5) Der Fachbeirat gibt sich eine Geschäftsordnung.</p>	
<p><b>§ 25 Finanzen und Wirtschaftsführung</b></p> <p>(1) Die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Anstalten bestimmen sich nach kaufmännischen Grundsätzen und sind unter Beachtung gemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte im Sinne des BerlBG § 3 Absatz 2 Satz 1 vorzunehmen. Die Anstalten sind in ihrer Tätigkeit nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Landeshaushaltsordnung findet bis auf die §§ 65a bis 65d keine Anwendung. Das Prüfungsrecht des Rechnungshofs von Berlin (§ 111 der Landeshaushaltsordnung) bleibt unberührt.</p> <p>(2) Im Anhang zum Jahresabschluss oder an anderer geeigneter Stelle sind für jedes namentlich benannte Mitglied der Vorstände bzw. der Geschäftsführungen der in § 10 und § 12 benannten Unternehmen die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge, aufgliedert nach Bestandteilen (Gehälter, Gewinnbeteiligungen, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Provisionen und Nebenleistungen jeder Art, vertragliche Vereinbarungen über Ruhegehälter), anzugeben. Dies gilt auch für Abfindungen, gewährte Zulagen und Kredite.</p>	<p>Vgl. § 7 EnergieVE</p> <p>§ 18 (6) BerlBG</p>
<p><b>§ 26 Ergebnisverwendung</b></p> <p>(1) Das Land Berlin verzichtet auf Gewinnabführungen der Anstalten an den Landeshaushalt.</p>	

<p>(2) Es sind ausreichende Rücklagen zu bilden, die eine langfristig vermietungssichernde und werterhaltende Instandhaltung sichern und für die Weiterentwicklung des Wohnungsbestandes nutzbar sind. Die Bildung und eventuelle Inanspruchnahme der Rücklagen für Instandhaltung ist getrennt in den Geschäftsberichten nachzuweisen. Die Mitbestimmungsrechte der Mieterschaft nach diesem Gesetz sind bei den entsprechenden Maßnahmen zu beachten.</p> <p>(3) Die weiteren Regelungen werden durch die Satzung getroffen.</p>	
<p><b>§ 27 Zugang zu und Veröffentlichung von Dokumenten</b></p> <p>(1) Der Zugang zu Dokumenten der Anstalten richtet sich grundsätzlich nach dem Informationsfreiheitsgesetz; Gebühren werden nicht erhoben. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen des Verwaltungsrates, Beschlussvorlagen und gefasste Beschlüsse des Verwaltungsrates, Berichte des Vorstands an den Verwaltungsrat, sowie weitere wichtige Dokumente sind rechtzeitig im Internet zu veröffentlichen, soweit keine gesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen. Von der Veröffentlichung kann abgesehen werden, soweit durch die Veröffentlichung ein wesentlicher wirtschaftlicher Nachteil entstehen würde.</p> <p>(2) Das Nähere regelt die Satzung.</p>	<p>§ 9 (2)+(3) EnergieVE</p>
<p><b>§ 28 Anwendung des Deutschen Corporate Governance Kodex; Gender Mainstreaming</b></p> <p>(1) Vorstand und Verwaltungsrat beschließen einen Corporate Governance Kodex, der sich an den Bestimmungen der Berliner Fassung des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) über eine gute Unternehmensführung in der jeweils geltenden Fassung orientiert. Die Bestimmungen dieses Gesetzes gehen vor. Der Bericht über die Anwendung des Corporate Governance Kodex erfolgt jährlich. Der Bericht wird veröffentlicht.</p> <p>(2) Die Anstalten wirken mit gezielter Frauenförderung auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin und verpflichten sich, bei allen Maßnahmen und auf allen Ebenen die Strategie des Gender Mainstreamings anzuwenden. Sie sind verpflichtet die Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern in den Gremien der Mieterinnen und Mieter zu fördern. Ein Bericht über die Anwendungen der Strategie des Gender Mainstreamings sowie über entsprechende Maßnahmen und deren Umsetzung zur Förderungen der Gleichstellung von Frauen und Männern erfolgt jährlich. Der Bericht wird veröffentlicht.</p>	<p>§ 27 BerlBG</p>
<p><b><u>Vierter Abschnitt</u></b></p> <p><b><u>Sicherung der Miete und Bindungen im Bestand von öffentlich geförder-</u></b></p>	

§ 30 (1) Verwaltungsaufwand:

↳ Verfahren 16, 18, 20

<b>ten Wohnungen und Wohnungen ohne Anschlussförderung</b>	
<b>§ 29 Sicherung der Mieten öffentlich geförderter Wohnungen</b> Für die Mieterhaushalte in öffentlich geförderten Wohnungen soll eine tragbare Miete im Sinne des § 1 Absatz 2 sichergestellt werden.	1/ (26)
<b>§ 30 Einkommensabhängige Mietensubvention für Einkommen gemäß WoFöGV BE 2014</b>  (1) Für Haushalte, deren nach den §§ 20 bis 24 WoFG ermitteltes Gesamteinkommen die in § 9 Absatz 2 WoFG festgelegten Einkommensgrenzen um bis zu 40 % überschreiten, ist die <u>vertraglich geschuldete Einzelmiete auf den Durchschnitt aller vertraglich geschuldeten Einzelmieten noch zum 31. Dezember des Kalenderjahres vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geförderten Wohnungen festzulegen</u> . Alle zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ist der Durchschnitt der dann noch geförderten Wohnungen erneut zu ermitteln und als Einzelmiete nach Satz 1 festzusetzen.  (2) Absatz 1 gilt nicht für Einzelmieten, die den nach Absatz 1 Satz 1 ermittelten Durchschnitt unterschreiten.	31.12.2015 0,73 €/m <sup>2</sup> auf die preisrentl. (26a)
<b>§ 31 Einkommensabhängige Mietensubvention für Einkommen unterhalb § 9 Absatz 2 WoFG</b> Für Haushalte, deren nach den §§ 20 bis 24 WoFG ermitteltes Gesamteinkommen die in § 9 Absatz 2 WoFG festgelegten Einkommensgrenzen unterschreiten, ist die <u>vertraglich geschuldete Einzelmiete um 10 % unterhalb dieses Wertes festzulegen</u> . Alle zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ist der Durchschnitt der dann noch geförderten Wohnungen erneut zu ermitteln und als Einzelmiete nach Satz 1 festzusetzen.	(26b)
<b>§ 32 Einkommensabhängige Mietensubvention für Einkommen nach SGB II bzw. SGB XII</b>  (1) Bei Leistungsempfängerinnen bzw. Leistungsempfängern nach SGB II und Leistungsempfängerinnen bzw. Leistungsempfängern nach SGB XII bzw. nach dem <u>Asylbewerberleistungsgesetz</u> wird die Miete inklusive Betriebs- und Heizkostenvorauszahlungen auf den Betrag festgesetzt, der nach den jeweils geltenden Regelungen des Landes Berlin in einem <u>Bescheid über anerkannte Kosten der Unterkunft und Heizung</u> diesen Personen bzw. Bedarfsgemeinschaften mitgeteilt wurde. Erforderliche Betriebs- und Heizkostennachzahlungen sind entsprechend zu übernehmen.  (2) Sofern der <u>durch Bescheid nach Absatz 1 mitgeteilte Betrag sich ändert</u> , ist die Einzelmiete neu festzusetzen.	(26c)



### § 33 Mietausgleich bei Wohnungen ohne Anschlussförderung

(1) Das Land Berlin gewährt nach Maßgabe von nach diesem Gesetz zu erlassenden Verwaltungsvorschriften für Wohnungsinhaberinnen und Wohnungsinhaber, deren Mietwohnungen im öffentlich geförderten Sozialen Wohnungsbau (Erster Förderweg) gefördert wurden und die nach dem Ende der Grundförderung keine Anschlussförderung erhalten, zur Vermeidung von finanziellen Härten Mietausgleich, sofern die §§ 30 bis 32 keine Anwendungen finden.

(2) Der Mietausgleich nach Absatz 1 richtet sich nach den Regelungen in den §§ 30 bis 32.

(3) Absatz 1 gilt auch für Wohnungen, deren Eigenschaft „öffentlich gefördert“ gemäß § 5 Absatz 1 WoG Bln endete, sofern der antragstellende Haushalt die Wohnung bereits vor dem Zeitpunkt des Wegfalls der Eigenschaft „öffentlich gefördert“ gemietet hat.

(4) Die Laufzeit des Mietausgleichs ist auf die Dauer der Eigenschaft „öffentlich gefördert“ beschränkt bzw. wird in den Fällen nach Absatz 3 auf die Dauer von 10 Jahren nach erster Antragsstellung bewilligt. Für die Festlegung der Höhe des Mietausgleichs sind die §§ 30 bis 32 sinngemäß anzuwenden. Der Mietausgleich ist nicht degressiv zu gewähren.

(26 d)

(26 e)

(26 f)

### § 34 Maßnahmen zur einkommensabhängigen Mietensubvention

(1) Für die einkommensabhängige Mietensubvention gemäß §§ 30 bis 32

1. stellt der Wohnraumförderfonds Zuschussmittel zur Verfügung oder

2. verzichtet der Wohnraumförderfonds ganz oder teilweise oder befristet auf die Rückzahlung von Förderdarlehen, die dem Förderfonds gemäß § 5 Nummer 2 zustehen oder

3. kombiniert der Wohnraumförderfonds die Maßnahmen nach Nummer 1 und 2.

(2) Eine degressive Ausgestaltung der Rückzahlungsvereinbarungen von Fördermitteln ist nicht zulässig.

(3) Sofern eine Aussetzung des Aufwendungsdarlehens zur Senkung der zu erzielenden Miethöhe erforderlich ist, ist diese zinsfrei zu gewähren. Durch Verwaltungsvorschrift ist festzulegen, in welchem Umfang die Bindungsfristen als Gegenleistung verlängert werden.

(4) Durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften sind Antragstellung, Bewilligungsverfahren und Berechnungsmethoden sowie die jeweiligen Anpassungen

222 (26 g)

222

<p>der Fördervereinbarungen mit den Verfügungsberechtigten zu regeln.</p> <p><b>§ 35 Antragsverfahren</b></p> <p>(1) Für die Ermittlung von Mietsubventionen nach dem vierten Abschnitt dieses Gesetzes haben die Verfügungsberechtigten die erforderlichen Unterlagen an die Bewilligungsstelle zu übermitteln.</p> <p>(2) Die nach §§ 30 bis 32 erforderlichen <u>Bescheinigungen oder Bescheide</u> sind alle zwei Jahre zu erneuern. Die Bescheide oder Bescheinigungen sind sowohl der Antragsstellerin bzw. dem Antragssteller als auch der Verfügungsberechtigten bzw. dem Verfügungsberechtigten der Wohnungen zu übermitteln.</p> <p>(3) Sofern sich das anzurechnende <u>Haushaltseinkommen wesentlich reduziert</u> hat, ist eine erneute Antragstellung bereits vor Ablauf der Zweijahresfrist durch den Mieterhaushalt möglich. Eine wesentliche Reduzierung ist anzunehmen, wenn sich das Einkommen für einen längeren Zeitraum als 3 Monate soweit reduziert, dass sich eine Einstufung in eine nach § 39 Absatz 2 niedrigere Einkommensgruppe ergibt.</p>	<p>(26g)</p> <p>Verwaltungskosten</p> <p>(26h)</p>
<p><b>§ 36 Belegungsbindungen</b></p> <p>(1) Soweit die Anzahl der gebundenen Wohnungen gemäß § 4 WoBindG gegenüber dem Vorjahr abnimmt und die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen gemäß § 1 ZwVbG als gefährdet festgestellt wird, dürfen keine Freistellungen der Belegungsbindung nach § 30 Absatz 1 WoFG in Verbindung mit § 7 WoBindG erfolgen.</p> <p>(2) Die oder der Verfügungsberechtigte hat die Einhaltung der Belegungsbindung auf Aufforderung nachzuweisen. Als Nachweis gelten Bescheinigungen nach § 9 Absatz 2 WoFG bzw. Bescheide nach SGB II bzw. SGB XII.</p>	
<p><b>§ 37 Frühzeitige Barwert-Rückzahlung; Generelles Ankaufsangebot</b></p> <p>(1) Bei barwertiger Rückzahlung nach § 16 WoBindG bleiben die ursprünglich vereinbarten Bindungsfristen bestehen.</p> <p>(2) Die oder der Verfügungsberechtigte hat das Recht ein gefördertes Objekt gegen Erstattung der noch <u>valutierenden Fremdmittel</u> sowie des dem Objekt zuzurechnenden <u>Eigenkapitals</u> zum Zweck der Beendigung der Fördervereinbarung an ein vom Land Berlin benanntes Landesunternehmen nach § 10 zu übertragen.</p>	<p>Frage, ob Konflikt mit § 3 Absatz 1 WoG i.V.m. § 6 WoG.</p> <p>IV A2</p> <p>(26i)</p>
<p><b>Fünfter Abschnitt</b></p> <p><b>Wohnraumförderung bei Modernisierung und Neubau</b></p>	

<p><b>§ 38 Aufgaben der Wohnraumförderung</b></p> <p>(1) Die soziale Wohnraumförderung des Landes umfasst die Förderung des Neubaus von Mietwohnraum, die Modernisierung von Mietwohnraum und des Ankaufs von Bindungen.</p> <p>(2) Ziel der Mietwohnraumförderung ist insbesondere die Unterstützung von Haushalten mit geringem Einkommen sowie Familien und andere Haushalte mit Kindern, Alleinerziehenden, Schwangeren, älteren Menschen, behinderten Menschen, Wohnungslosen und sonstigen hilfsbedürftigen Personen.</p> <p>(3) Bei der Förderung sollen vorrangig Neubauvorhaben bewilligt werden, die auf bereits erschlossenen Grundstücken realisiert werden sollen. Der Grundsatz eines sparsamen Umgangs mit Grünflächen ist unter dem Ziel der klimagerechten Stadt bei den Förderbewilligungen zu beachten.</p> <p>(4) Ziel der Modernisierungsförderung ist es, die Anpassung des Wohnungsbestandes an die Bedürfnisse der Mieterinnen und Mieter, insbesondere im Hinblick auf das Wohnen im Alter und das barrierefreie Wohnen zu unterstützen, die städtebauliche Funktion älterer Wohnviertel zu erhalten oder wiederherzustellen sowie nachhaltige Energieeinsparungen im Wohnungsbestand durch die energetische warmmietenneutrale Modernisierung oder die Nutzung erneuerbarer Energien zu erreichen.</p> <p>(5) Mietwohnraum ist Wohnraum, der den Bewohnerinnen und Bewohnern aufgrund eines Mietverhältnisses oder eines genossenschaftlichen oder sonstigen ähnlichen Nutzungsverhältnisses zum Gebrauch überlassen wird.</p>	<p>Vgl. N WoFG § 2</p> <p>(27)</p>
<p><b>§ 39 Einkommensgrenze</b></p> <p>(1) Die Einkommensgrenze wird gemäß § 9 WoFG in Verbindung mit §§ 20 bis 24 WoFG festgelegt.</p> <p>(2) Die zuständige Senatsverwaltung hat durch Rechtsverordnung Bestimmungen über eine Förderung zu erlassen. Mit dieser Rechtsverordnung wird eine Förderung festgelegt, die die <u>Bewilligungsmieten nach Einkommensgruppen differenziert</u>. Die Einkommensgruppen werden für Haushalte, deren Einkommen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. unter 80 % der Einkommensgrenze nach Absatz 1 liegen,</li> <li>2. die Einkommensgrenze nach Absatz 1 einhalten, sowie</li> <li>3. die Einkommensgrenze nach Absatz 1 um bis zu 40 % überschreiten,</li> <li>4. die Einkommensgrenze nach Absatz 1 um mehr als 40% überschreiten, sofern die Haushalte preiswerteren oder größeren Mietwohnraum freimachen,</li> </ol>	<p>Vgl. N WoFG § 3</p>

Neu + Mas

<p>entsprechend abgestuft.</p> <p>(3) Die zuständige Senatsverwaltung kann unter Berücksichtigung der wohnungswirtschaftlichen und städtebaulichen Verhältnisse die Einkommensgrenzen durch Rechtsverordnung abweichend von Absatz 2 regeln, wenn dies zur Schaffung von Mietwohnraum für Haushalte mit Schwierigkeiten bei der Wohnraumversorgung sinnvoll ist.</p>	
<p><b>§ 40 Miethöhen und Fehlförderungsabgabe</b></p> <p>Zur Vermeidung einer Fehlförderung soll die Bewilligungsmiete in mehreren Stufen entsprechend dem Einkommensanstieg im Sinne von § 39 Absatz 2 angehoben werden. Bei sinkendem Einkommen oder bei Neubezug gilt die jeweils nach § 39 Absatz 2 anzusetzende Miete, sofern die entsprechenden Voraussetzungen bestehen. <u>Die hieraus entstehenden Einnahmen sind dem Wohnraumförderfonds nach § 3 zuzuführen.</u> Die zuständige Senatsverwaltung hat durch Rechtsverordnung nähere Bestimmungen über eine Fehlförderungsabgabe zu erlassen.</p>	<p>(274)</p> <p>Erweiterung</p>
<p><b>§ 41 Wohnungsgröße</b></p> <p>(1) Die Größe des Wohnraums muss entsprechend seiner Zweckbestimmung angemessen sein. Dabei ist den Besonderheiten bei baulichen Maßnahmen in bestehendem Wohnraum sowie besonderen persönlichen und beruflichen Bedürfnissen des Haushalts, insbesondere von älteren Menschen und Menschen mit Behinderung, Rechnung zu tragen.</p> <p>(2) Bei der Berechnung der Wohnfläche ist die Verordnung zur Berechnung der Wohnfläche vom 25. November 2003 in der jeweils geltenden Fassung entsprechend anzuwenden.</p>	<p>Vgl. WoFG § 10</p>
<p><b>§ 42 Haushalt</b></p> <p>(1) Zum Haushalt rechnen die Antragstellerin oder der Antragsteller sowie folgende mit ihr oder ihm in Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft lebende Personen:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. die Ehegattin oder der Ehegatte,</li><li>2. die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner,</li><li>3. die Partnerin oder der Partner einer sonstigen auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft,</li><li>4. Personen, die mit der Antragstellerin oder dem Antragsteller oder Personen nach den Nummern 1 bis 3 in gerader Linie oder im zweiten Grad in der Sei-</li></ol>	<p>Vgl. N WoFG § 5</p>

<p>tenlinie verwandt oder verschwägert sind,</p> <p>5. Pflegekinder ohne Rücksicht auf ihr Alter und deren ehemalige Pflegeeltern.</p> <p>(2) Ist zu erwarten, dass dem Haushalt alsbald weitere Personen im Sinne des Absatzes 1 auf Dauer angehören werden, so gelten diese bereits als Haushaltsangehörige. Im Fall der Schwangerschaft von Haushaltsangehörigen gelten auch die ungeborenen Kinder bereits als Haushaltsangehörige. Zum Haushalt rechnen nicht Personen, von denen zu erwarten ist, dass sie alsbald und auf Dauer den Haushalt verlassen.</p>	
<p><b>§ 43 Verfahren und Förderentscheidung</b></p> <p>(1) Der Antrag auf Förderung ist bei der zuständigen Stelle nach §§ 7 bis 8 zu stellen. Die zuständige Stelle prüft die Einhaltung der Fördervoraussetzungen und übersendet den Antrag mit ihrer Stellungnahme der Bewilligungsstelle. Die Förderung wird durch Bescheid der Bewilligungsstelle oder durch öffentlich-rechtlichen Vertrag (Förderentscheidung) gewährt. Die darin enthaltenen Förderbestimmungen binden auch Rechtsnachfolger der Förderungsempfänger.</p> <p>(2) In der Förderentscheidung sind Bestimmungen zu treffen über Zweckbestimmung, Art und Höhe der Förderung, Dauer der Gewährung, Verzinsung und Tilgung der Fördermittel, Einhaltung von Einkommensgrenzen und Wohnungsgrößen, Rechtsfolgen eines Eigentumswechsels an dem geförderten Gegenstand sowie zusätzlich über Gegenstand, Art und Dauer der Belegungsbindungen sowie Art, Höhe und Dauer der Mietbindungen. In die Förderentscheidung können weitere für den jeweiligen Förderzweck erforderliche Bestimmungen aufgenommen werden.</p> <p>(3) Ein Anspruch auf Förderung besteht nicht.</p> <p>(4) Die sich aus der Förderzusage ergebenden Berechtigungen und Verpflichtungen des Förderempfängers gehen im Fall eines Eigentumswechsels des geförderten Objekts auf den jeweiligen Rechtsnachfolger über.</p>	<p>Vgl. N WoFG § 6</p>
<p><b>§ 44 Belegungsbindungen bei der Förderung von Mietwohnraum</b></p> <p>(1) Geförderter Mietwohnraum darf nur einer Person zum Gebrauch überlassen werden, die einen allgemeinen Wohnberechtigungsschein (§ 45 Absatz 2) vorlegt, aus dem sich ergibt, dass</p> <p>1. der Haushalt die für den Wohnraum in der Förderentscheidung bestimmte Einkommensgrenze nicht überschreitet,</p> <p>2. der Wohnraum die im Wohnberechtigungsschein genannte Wohnungsgröße nicht überschreitet, und</p>	<p>Vgl. N WoFG § 7</p>

<p>3. die zum Haushalt rechnenden Personen zu dem Personenkreis gehören, dem der Wohnraum nach den Förderbestimmungen vorbehalten ist.</p> <p>(2) Die zuständige Stelle hat den Verfügungsberechtigten für jede freie oder frei werdende Wohnung mindestens drei wohnberechtigte Wohnungssuchende zur Auswahl zu benennen.</p>	
<p><b>§ 45 Erteilung eines Wohnberechtigungsscheins</b></p> <p>(1) Für die Erteilung eines Wohnberechtigungsscheines gelten die in § 27 WoFG enthaltenen Regelungen, sofern in diesem Gesetz nichts anderes oder abweichendes geregelt wird.</p> <p>(2) <u>Einen Wohnberechtigungsschein erhalten nur Wohnungssuchende, die sich nicht nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten oder aufhalten wollen und rechtlich und tatsächlich in der Lage sind, auf längere Dauer einen Wohnsitz als Mittelpunkt der Lebensbeziehungen zu begründen und dabei einen selbständigen Haushalt zu führen. § 27 WoFG ist entsprechend anzuwenden.</u></p> <p>(3) Die zuständige Stelle erteilt auf Antrag einen für ein Jahr geltenden allgemeinen Wohnberechtigungsschein, wenn die Berechtigten die Einkommensgrenze nach § 39 Absatz 2 Nummer 1 bis 4 nicht überschreiten. Der Wohnberechtigungsschein muss erkennen lassen, welche Größe des Wohnraums für den Haushalt der Berechtigten angemessen ist.</p> <p>(4) Die zuständige Stelle kann bei der Erteilung eines Wohnberechtigungsscheines abweichen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. von der Einkommensgrenze und der Zweckbindung des Wohnraums, um eine besondere Härte für die wohnungssuchende Person zu vermeiden oder wenn diese anderen geförderten Wohnraum freimacht,</li> <li>2. von der angemessenen Größe des Wohnraums und von seiner Zweckbindung, um besondere persönliche oder besondere berufliche Bedürfnisse der wohnungssuchenden Personen zu berücksichtigen oder eine besondere Härte für diese zu vermeiden oder</li> <li>3. von der Einkommensgrenze, der angemessenen Größe des Wohnraums und von seiner Zweckbindung, wenn städtebauliche Zielsetzungen dieses erfordern.</li> </ol>	<p>Vgl. N WoFG § 8</p>
<p><b>§ 46 Mietbindung</b></p> <p>(1) Der Verfügungsberechtigte darf Wohnraum nicht gegen eine höhere als die in den Förderbestimmungen zugelassene Miete überlassen; zusätzlich darf eine Vorauszahlung von Betriebskosten- und Heizkosten nach den allgemei-</p>	<p>Vgl. N WoFG § 9</p>

<p>nen mietrechtlichen Vorschriften verlangt werden. Der Verfügungsberechtigte kann die Miete in den Grenzen der Förderbestimmungen entsprechend dieses Gesetzes nach den allgemeinen mietrechtlichen Vorschriften erhöhen. Die sich nach Satz 2 ergebende Miete darf nicht höher sein, als sie sich bei einem Abschlag von 10 Prozent gegenüber der ortsüblichen Vergleichsmiete ergibt.</p> <p>(2) Förderbestimmungen zur Mietbindung sind im Mietvertrag wiederzugeben. Gibt der Mietvertrag diese Bestimmungen nicht oder nicht vollständig wieder, so hat die zuständige Stelle nach §§ 7 bis 8 auf Verlangen der Mieterin oder des Mieters Auskunft über die Bestimmungen zu erteilen. Die Mieterin oder der Mieter kann sich auf diese Bestimmungen auch in den Fällen des Satzes 2 berufen. Mietrechtliche Vereinbarungen dürfen nicht zum Nachteil der Mieterin oder des Mieters von den Förderbestimmungen zur Mietbindung abweichen.</p> <p>(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für ein Mieterhöhungsverlangen bei Wohnraum, der in die Modernisierungsförderung einbezogen ist.</p>	<p>Satz 3: Vgl. BW LWoFG § 32</p>
<p><b>§ 47 Sicherung der Zweckbestimmung</b></p> <p>(1) In die Förderung einbezogener Mietwohnraum darf nicht zu anderen Zwecken als zur Vermietung als Wohnraum genutzt werden und nicht länger als drei Monate leer stehen.</p> <p>(2) Die zuständige Stelle genehmigt eine Ausnahme von Absatz 1</p> <p>1. zur Nutzung als Wohnraum durch die Vermieterin oder den Vermieter selbst, wenn für sie oder ihn die Voraussetzungen des § 45 Absatz 3 vorliegen und</p> <p>2. zum Leerstehenlassen, wenn und solange</p> <p>a) eine Sanierung vorgenommen werden soll und während der Maßnahme ein Verbleib nicht möglich oder zumutbar ist, oder</p> <p>b) eine Vermietung nicht möglich ist und auch eine Freistellung von Bindungen nicht zu einer Vermietung führen würde.</p> <p>(3) Die zuständige Stelle kann eine Ausnahmegenehmigung erteilen, wenn Wohnraum aufgrund von überwiegendem öffentlichem Interesse anderen als Wohnzwecken zugeführt werden soll. Sie kann verlangen, dass der Wegfall der Zweckbestimmung durch Geldleistung oder durch die Einräumung von Bindungen an Ersatzwohnraum nach § 48 Absatz 3 angemessen ausgeglichen wird.</p> <p>(4) Wer in die Förderung einbezogenen Wohnraum ohne Ausnahmegenehmigung zweckentfremdet, hat die Eignung des Wohnraums für Wohnzwecke wiederherzustellen.</p>	<p>Vgl. N WoFG § 10</p>

<p>(5) Soweit dies zur Sicherung der Zweckbestimmung des Wohnraums und zur Einhaltung von Förderbestimmungen erforderlich ist, sind die Verfügungsberechtigten und die Nutzungsberechtigten verpflichtet, der zuständigen Stelle auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen, Einsicht in Unterlagen zu gewähren und die Besichtigung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnraum zu gestatten. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.</p>	
<p><b>§ 48 Freistellung und Änderung von Belegungs- und Mietbindungen</b></p> <p>Die zuständige Stelle kann eine geförderte Wohnung befristet von Bindungen nach den §§ 44 und 46 freistellen, wenn an angemessenem Ersatzwohnraum Bindungen eingeräumt werden. Angemessener Ersatzwohnraum im Sinne dieses Gesetzes liegt vor, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Ersatzwohnraum innerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes geschaffen wird,</li> <li>2. zwischen der Entlassung oder Änderung der Belegungs- und Mietbindungen und der Bereitstellung von Ersatzwohnraum ein enger zeitlicher Zusammenhang besteht,</li> <li>3. der Verfügungsberechtigte des Ersatzwohnraumes und des von der Entlassung oder Änderung der Belegungs- und Mietbindungen betroffenen Wohnraums übereinstimmt,</li> <li>4. der Ersatzwohnraum nicht kleiner als der von der Entlassung oder Änderung der Belegungs- und Mietbindungen betroffenen Wohnraums ist und diesen im Standard und der Wohnlage nicht in einer für den allgemein Wohnungsmarkt nachteiligen Weise unterschreitet,</li> <li>5. der Ersatzwohnraum nicht als Luxuswohnraum anzusehen ist, der den Standard des von der Entlassung oder Änderung der Belegungs- und Mietbindungen betroffenen Wohnraums in besonders erheblicher Weise überschreitet und</li> <li>6. der Ersatzwohnraum dem Wohnungsmarkt in gleicher Weise zu Verfügung steht.</li> </ol> <p>In diesem Fall gilt mit dem Zeitpunkt der Entlassung aus den Bindungen der andere Wohnraum als geförderter Wohnraum.</p>	<p>Vgl. N WoFG § 11</p>
<p><b>§ 49 Zuständige Stelle</b></p> <p>Die für die Durchführung der Regelungen in Abschnitt 5 zuständige Stelle richtet sich nach dem Allgemeines Zuständigkeitsgesetz. Sofern Aufgaben an die Bezirke übertragen werden, sind diese mit den hierfür erforderlichen Per-</p>	



sonal- und Sachmitteln auszustatten.	
<p><b>Sechster Abschnitt</b></p> <p><b>Schlussvorschriften</b></p>	
<p><b>§ 50 Ausführungsvorschriften</b></p> <p>Die für das Wohnungswesen zuständige Senatsverwaltung erlässt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften.</p>	
<p><b>§ 51 Ordnungswidrigkeiten und Geldleistungen</b></p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <p>1. entgegen § 44 eine Wohnung einer nicht berechtigten Person zum Gebrauch überlässt,</p> <p>2. entgegen § 46 Absatz 1 bzw. Absatz 3 eine höhere als die zulässige Miete vereinbart,</p> <p>3. eine Mietwohnung entgegen § 47 Absatz 1 nutzt oder leer stehen lässt, ohne dass dafür eine Ausnahmegenehmigung vorliegt.</p> <p>(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis fünfzigtausend Euro geahndet werden.</p> <p>(3) Für die Zeit des schuldhaften Verstoßes gegen die in Absatz 1 genannten Vorschriften kann die zuständige Stelle nach § 8 von der verfügungsberechtigten Person, der vermietenden Person oder deren Beauftragten für die Dauer des Verstoßes Geldleistungen bis zu monatlich sechs Euro je Quadratmeter Wohnfläche des Wohnraums, auf die sich der Verstoß bezieht, erheben. Die Bemessung der Geldleistung erfolgt im Übrigen nach dem Wohnwert und der Schwere des Verstoßes.</p> <p>(4) Bei Nichterbringung des Nachweises nach § 44 Absatz 1 fällt eine Ausgleichzahlung nach § 34 WoFG an.</p>	<p>Vgl. N WoFG § 17</p>
<p><b>§ 52 Übergangsregelungen</b></p> <p>(1) Auf Wohnraum, der nach dem Wohnraumförderungsgesetz vom 13. September 2001 (BGBl. I S. 2376), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 28. März 2009 (BGBl. I S. 634), oder dem Zweiten Wohnungsbaugesetz in der Fassung vom 19. August 1994 (BGBl. I S. 2137) in der bis zum 31. Dezember 2001 jeweils geltenden Fassung gefördert worden ist, finden die bisher geltenden Vorschriften in der am 31. Dezember 2009 geltenden Fas-</p>	<p>Vgl. N WoFG § 19</p>

<p>sung weiter Anwendung, sofern in diesem Gesetz nichts anderes geregelt ist.</p>	
<p>(2) Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Organe der Anstalten nach § 10 bleiben unverändert, soweit sich nicht durch dieses Gesetz etwas anderes ergibt. Die Organe der Anstalten sind innerhalb von zwölf Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes neu zu bestellen.</p>	<p>§ 29 BerlBG &amp; § 12 (1) Energie VE</p>
<p>(3) Der § 11 sowie der Abschnitt 4 gelten nicht für die Ausführung von Haushaltsplänen die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits durch ein Haushaltsgesetz festgestellt sind.</p>	
<p>(4) Dieses Gesetz tritt mit dem Beginn des auf die Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin folgenden Kalenderjahres in Kraft.</p>	<p>§ 30 BerlBG</p>
<p>(5) Vier Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes prüft das Abgeordnetenhaus, ob über die Bestimmungen des dritten Abschnittes dieses Gesetzes hinausgehende Formen der Mieterbeteiligung und demokratischen Kontrolle eingeführt werden.</p>	<p>§ 12 (4) EnergieVE</p>
<p>(6) Der Senat legt dem Abgeordnetenhaus innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes einen Plan zur Umsetzung dieses Gesetzes mit Jahreszielen und den jeweiligen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der beteiligten Stellen vor. Über den Fortschritt bei der Umsetzung hat der Senat dem Abgeordnetenhaus halbjährlich öffentlich zu berichten. Der Senat überprüft alle vier Jahre nach dem Inkrafttreten das Gesetz im Hinblick auf seine Anwendung und Auswirkungen unter Berücksichtigung der Ergebnisse des jeweils aktuellen Monitorings Soziale Stadtentwicklung, des Sozialstrukturatlas und des Mietspiegels.</p>	<p>Vgl. Hamburgisches Transparenzgesetz § 18 (2)</p>

## Begründung

### **I. Allgemeiner Teil**

### **II. Zu den Änderungen im Einzelnen**

#### **Erster Abschnitt**

##### **Zu § 1:**

Nach Artikel 28 Absatz 1 der Berliner Verfassung wirkt das Land darauf hin, dass die Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum versorgt wird.

Dieser gesamtstaatliche Auftrag hat in der aktuellen Situation einer dramatisch sinkenden Zahl an öffentlich gefördertem, gebundenem Wohnraum eine besondere Bedeutung. Daher wird in Absatz 2 die Wohnraumförderung konzentriert und neu ausgerichtet auf diejenigen Haushalte, die auf dem Wohnungsmarkt besonders benachteiligt sind und sich nicht selbst mit angemessenem Wohnraum versorgen können. Damit ist die Zielgruppe der sozialen Wohnraumförderung in Berlin enger eingegrenzt, als dies nach § 1 Absatz 2 WoFG vorgesehen ist. Für diesen Bereich staatlichen Handelns soll durch das Berliner Wohnraumversorgungsgesetz (WoVG Bln) eine neue gesetzliche Grundlage geschaffen werden.

##### **Zu § 2:**

In § 2 wird zur Sicherstellung des Wohnraumversorgungsauftrags nach § 1 erstmals eine gesetzliche Grundlage für den in Berlin gebildeten Wohnraumförderfonds geschaffen. Aufgrund der engeren Fassung der Aufgaben der Wohnraumversorgung ist auch eine entsprechende Neuausrichtung der Landeswohnungsunternehmen erforderlich.

#### **Zweiter Abschnitt**

##### **Zu § 3:**

Der soziale Wohnungsbau kommt in seiner bisherigen Konzeption dem Versorgungsauftrag für Haushalte mit durchschnittlichen und unterdurchschnittlichen Einkommen nicht mehr nach. Mit der Einführung der Instrumente der Mietenstabilisierung des Wohnraumförderfonds soll der drohende Wohnungsverlust und die Verdrängung von Mieterinnen und Mietern aus dem jetzigen Bestand verhindert werden.

In § 3 werden die Aufgaben und Ziele des Wohnraumförderfonds nach § 4 benannt. Aus den Ausführungen des § 3 kann kein Rechtsanspruch von Dritten abgeleitet werden.

##### **Absatz 1:**

Die in diesem Gesetz geregelten und finanzierten Sozialwohnungen sind Dienstleistungen von allgemeinem (sozialem) Interesse, „die Wohnraum für benachteiligte Personen oder soziale Gruppen bieten.“<sup>1</sup> Zur Umsetzung von europarechtlichen Vorschriften wird in diesem Gesetz sichergestellt, dass die durch den Wohnraumförderfonds zu gewährenden öffentlichen Mittel einem allgemeinen öffentlichen Interesse dienen, für alle Antragssteller offen sind, allen Antrags-

<sup>1</sup> (EU-KOM, Leitfaden zur Anwendung der Vorschriften der Europäischen Union über staatliche Beihilfen, öffentliche Aufträge und den Binnenmarkt auf Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse inklusive Sozialdienstleistungen, SEC (2010) 1545 endg., S. 18)

stellern zur gleichen Bedingungen und Qualitäten bereitgestellt werden, da solche Dienstleistungen von Marktteilnehmern nicht in hinreichender Form angeboten wird (Marktversagen). Absatz 1 bestimmt dementsprechend den Begriff soziale Wohnraumförderung und nennt den Regelungsbereich des Gesetzes.

**Absatz 2:**

In Absatz 2 wird die besondere Konzentration der zu fördernden Zielgruppe gemäß § 1 Absatz 2 konkretisiert und der Einsatz der Fördermittel mit einer stadträumlichen Priorität (Innenstadt) versehen.

**Absatz 3:**

In Absatz 3 wird darüber hinaus auf die künftigen Aufgaben einer angemessenen Wohnraumversorgung angesichts der demographischen Entwicklung Berlins eingegangen.

**Zu § 4:**

Mit dieser Regelung wird eine gesetzliche Grundlage für den bisherigen „Wohnungsneubaufonds“ geschaffen, wie er gemäß Bericht 1482 an den Hauptausschuss vom 01.04.2014 dargestellt worden ist.

**Absatz 1:**

Der rechtliche Status des Wohnraumförderfonds als nicht rechtsfähiges Sondervermögen des Landes ist erforderlich, da so das Förderinstitut (Investitionsbank Berlin) Treuhandkredite für Rechnung des Landes aus dem Wohnraumförderfonds gewähren kann, die kein das Eigenkapital des Förderinstituts belastendes Eigenkapital darstellt.

*Leistung*

**Absatz 2:**

Der Wohnraumförderfonds muss mit den zur Erfüllung der Aufgaben notwendigen Mitteln ausgestattet werden. Dieses Gesetz sieht hierzu jedoch keine konkreten finanziellen Vorgaben vor, da dies dem Haushaltsgesetzgeber überlassen bleibt.

*///*

**Zu § 5:**

Dem Wohnraumförderfonds fließen neben den Kompensationsmitteln des Bundes (oder entsprechender künftiger Regelungen) auch Tilgungsbeträge und Zinsen aus Darlehen zu, die aus den Wohnraumförderprogrammen dem Land Berlin zufließen (ca. 280 Mio. € p.A. in 2013 laut Bericht Abgeordnetenhaus, Antwort auf kleine Anfrage, Drucksache 17/14 513). Zu den Einnahmen gehören ferner die Geldleistungen nach den §§ 40, 47, 48, und 50 dieses Gesetzes, die Zinsen aus der Anlage des Wohnraumförderfonds, die auf Berlin entfallenden Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie weitere entsprechende Haushaltsmittel des Landes.

*///*

*← Rückflüsse an den Bund??*

**Zu § 6:**

In § 6 wird abschließend der Verwendungszweck der Mittel des Wohnraumförderfonds normiert. Dies erfolgt insbesondere vor dem Hintergrund des Einsatzes von Rückflussmitteln aus Wohnungsbauförderung die in einzelnen Bundesländern auch für Zwecke außerhalb der Förderung von Investitionen in Wohnraum eingesetzt werden.

**Zu § 7:**

**Absatz 1:**

Die grundsätzliche Verwaltung des Sondervermögens durch die für Wohnen zuständige Senatsverwaltung wird hierdurch geregelt. Von der Möglichkeit der Übertragung der Verwaltung und Anlage der Mittel auf die Bewilligungsstelle kann Gebrauch gemacht werden.

**Absatz 2:**

Es ist ausdrücklich bestimmt, dass die zeitweilig nicht benötigten Mittel des Sondervermögens bis zu ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung verzinslich anzulegen sind.

**Absatz 3:**

Mit Satz 2 von Absatz 3 wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass kein Rechtsanspruch auf Fördermittel begründet wird.

**Zu § 8:**

Die Aufgabe der Bewilligungsstelle wird vom Land übernommen oder auf die Investitionsbank Berlin übertragen.

Sofern die zuständige Senatsverwaltung das Sondervermögen nicht selbst verwaltet kann es durch die Investitionsbank Berlin oder ihre Rechtsnachfolger verwaltet werden. Um Sicherzustellen, dass bei einer eventuellen Aufgabenübertragung nur das Interesse des Landes verfolgt wird, soll diese gesetzlich eingeräumte Möglichkeit der Aufgabenübertragung auf Einrichtungen eingeschränkt, die unabhängig von ihrer Rechtsform – wie bei der Investitionsbank Berlin gegeben – vollständig im Besitz des Landes sind.

**Zu § 9:**

**Absatz 1:**

In Anlehnung an § 32 Absatz 2 WoFG wird geregelt, dass die zuständige Stelle zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf die Verarbeitung bestimmter Daten zugreifen kann.

**Absatz 2:**

Im Wesentlichen ausgehend von der bisherigen Regelung in § 32 Absatz 4 WoFG sollen die erforderlichen Daten über die für die Förderung von Wohnraum oder zur Feststellung der Wohnberechtigung maßgeblichen Einkommensverhältnisse auch von den zuständigen Finanzbehörden und den jeweiligen Arbeitgebern erhoben werden können. Arbeitgeber ist auch der jeweilige Dienstherr. Eine besondere Nachforschung ist aus Gründen der Verhältnismäßigkeit erst zulässig, wenn begründete Zweifel an der Richtigkeit der Angaben und vorgelegten Nachweise über das Einkommen bestehen. Ebenso aus Gründen der Verhältnismäßigkeit soll vor einem Auskunftsverlangen den davon Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.

**Absatz 3:**

Die im Wesentlichen aus § 32 Absatz 5 WoFG und § 88 f Absatz 2 II. WoBauG übernommene Regelung stellt klar, dass im Rahmen einer einkommensorientierten Förderung Rückschlüsse des Vermieters auf das Einkommen des Mieters und dessen Haushalt aus datenschutzrechtlicher Sicht vor dem Hintergrund der dem Mieter gewährten Wohnkostenentlastung hinzunehmen sind.

**Dritter Abschnitt**

**Zu § 10:**

**Absätze 1 bis 6:**

Geregelt wird die Gründung der Anstalten öffentlichen Rechts und die jeweilige Rechtsnachfolge hinsichtlich des Vermögens der ehemaligen privatrechtlichen Unternehmen.

Die Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Anstalten begründet sich nicht zuletzt in der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben im Sinne des Verfassungsauftrags gemäß Art. 28 der Verfassung von Berlin, nach welchem es vorrangige Aufgabe der Anstalten ist, stadtweit Wohnraum zu angemessenen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, sowie nach § 13 Absatz 2 Nummern 3 und 4 dieses Gesetzes. Die dem gemäßen Aufgaben und Ziele der Anstalten werden in § 13 näher beschrieben.

Absatz 7:

Die Regelung ergibt sich daraus, dass es um Anstalten des Landes Berlin geht.

**Zu § 11:**

Absätze 1 bis 3:

In Berücksichtigung des europarechtlichen Diskriminierungsverbotes im Beihilferecht verfügen die Anstalten nicht über einen privilegierten Zugang zu Mitteln des Wohnraumförderfonds. Sie sind hier nur Antragsteller wie andere Bauherren auch. Um den Anstalten die Erfüllung ihrer Verfassungsmäßigen Aufgaben gemäß § 1 zu ermöglichen, werden sie durch dieses Gesetz mit zusätzlichem Eigenkapital ausgestattet.

WBG	Nominalkapital	Eigenbesitz Wohnungen	Nominalkapital pro Wohnung in EURO	Erhöhung in je WE	Erhöhung	Neues Nominalkapital pro Wohnung in EURO	Nominalkapital nach Erhöhung
1) degewo	145.000.000 €	62.621	2.316 €	1.800 €	112.717.800 €	4.116 €	257.717.800 €
2) GESOBAU	78.265.000 €	39.400	1.986 €	1.800 €	70.920.000 €	3.786 €	149.185.000 €
3) Gewobag*	81.662.690 €	57.421	1.422 €	1.800 €	103.357.800 €	3.222 €	185.020.490 €
4) HOWOGE	25.000.000 €	54.134	462 €	1.800 €	97.441.200 €	2.262 €	122.441.200 €
5) WBM	6.724.000 €	27.942	241 €	1.800 €	50.295.600 €	2.041 €	57.019.600 €
6) STADT UND LAND	165.020.550 €	39.370	4.192 €	1.800 €	70.866.000 €	5.992 €	165.020.550 €
	501.672.240 €	280.888			505.598.400 €		936.404.640 €

\*) Nominalkapital der Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft = 84.458.262,00 EUR  
 Davon: Land Berlin = 96,69 ( 81.662.690,00 EUR) und Gewobag = 3,31% (2.795.568,47 EUR)

**Zu § 12:**

Die Anstalten werden hier verpflichtet, nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ein oder mehrere Tochterunternehmen zu gründen, da dies für eine effiziente Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Daher ist insbesondere vorgesehen, dass die Unternehmen in den in Absatz 4 genannten Fällen ihre Tätigkeit mit Hilfe von Tochterunternehmen realisieren und nicht selbst wahrnehmen. Dies dient einer zielgerechten, effektiven Bewirtschaftung des Vermögen und der Nutzung von Synergien zwischen den Anstalten. Hierdurch werden wirtschaftliche Vorteile im Zusammenwirken der Anstalten realisiert, ohne auf die Flexibilität und den Wettbewerb des dezentral in sechs Anstalten organisierten Wohnungsbauvermögens zu verzichten. Beispielsweise können im Bereich des Controllings Effizienzgewinne durch wettbewerbliche Leistungsanreize wie Leistungsmessun-

gen, Leistungsvergleiche, Benchmarking und Best-Practices für ein möglichst preiswertes Wohnen genutzt werden. Bestehende arbeitsrechtliche Verhältnisse werden durch dieses Gesetz nicht in Frage gestellt.

Darüber hinaus wird den Anstalten in Absatz 4 Nummer 4 ausdrücklich die Organisation einer zielgerichteten Sozialarbeit in den bewirtschafteten Beständen auferlegt und hierfür die Einrichtung einer gemeinschaftlichen Wohnungsberatungsstelle als Organisationsform vorgeschrieben. Damit sollen die Anstalten in die Lage versetzt werden, einen wichtigen Beitrag in der Umsetzung von § 11 Absatz 2 SGB XII zu leisten: „Die Beratung betrifft die persönliche Situation, den Bedarf sowie die eigenen Kräfte und Mittel sowie die mögliche Stärkung der Selbsthilfe zur aktiven Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft und zur Überwindung der Notlage. Die aktive Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft umfasst auch ein gesellschaftliches Engagement.“

### **Zu § 13:**

#### **Absatz 1:**

Im Sinne der Erfüllung des in § 1 spezifizierten Verfassungsauftrages nach welchem jeder Mensch das Recht auf angemessenen Wohnraum hat, wird den Anstalten dementsprechend die Bereitstellung von angemessenem und preisgünstigem Wohnraum im Sinne der Daseinsvorsorge, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, als Aufgabe vorgegeben.

#### **Absatz 2:**

In Absatz 2 werden die Aufgaben des Beitrags der Anstalten zur Daseinsvorsorge, gemäß dem Verfassungsauftrag nach § 1, näher benannt. In den Nummern 3 und 4 werden darüber hinaus spezielle Aufgaben aus dem Bereich des öffentlichen Rechts den Anstalten übertragen. In der Übertragung der Aufgaben nach dem Berliner Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz werden die Anstalten somit zur Ausübung öffentlich-rechtlicher Aufgaben verpflichtet.

#### **Absatz 3:**

Die Vorgabe, preisgünstiges Wohnraumangebot bereitzustellen, sei es durch Erhalt, Neubau oder Ankauf, kann nur im Rahmen der verfügbaren finanziellen Mittel der jeweiligen Anstalt realisiert werden. In Satz 3 wird in Analogie zu § 3 Absatz 2 eine stadträumliche Priorität vorgegeben.

#### **Absatz 4:**

Der Ankauf soll vorrangig bei gebundenen oder ehemals geförderten Wohnungen erfolgen, um den Fördereffekt früherer oder noch bestehender öffentlicher Förderung langfristig für den verfassungsrechtlichen Versorgungsauftrag zu sichern.

#### **Absatz 5:**

In Absatz 5 werden die Grundsätze für die Vergabe von Wohnraum durch die Anstalten geregelt. In Satz 4 werden wegen der öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Vermeidung von Obdachlosigkeit gemäß Absatz 2 Nummern 3 und 4 ausdrücklich die Zwangsräumung aufgrund von Mietrückständen für diejenigen Haushalte ausgeschlossen, für die die Kosten der Räumung und der neuen Unterbringung durch die öffentliche Hand zusätzlich gezahlt werden müsste.

#### **Absatz 6:**

In Absatz 6 wird der Auftrag nach § 3 Absatz 3 dieses Gesetzes auf die Tätigkeit der Anstalten konkretisiert.

**Absatz 7:**

Damit die Tätigkeit der Anstalten in den Zielkranz der Vorgaben der Politik des Landes Berlin eingebunden ist, werden in Anlehnung an § 3 Absatz 6 BerlBG entsprechende Vorgaben aufgenommen.

**Absatz 8:**

Da der verfassungsrechtliche Versorgungsauftrag unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Vergangenheit dann gefährdet ist, wenn die Anzahl und die Qualität der für den Versorgungsauftrag zur Verfügung stehenden Wohnungen zu gering ist, wird zur Sicherung einer langfristigen Wirtschaftlichkeit der Anstalten gesetzlich vorgegeben, dass alle erwirtschafteten Überschüsse ausschließlich für die Aufgaben dieser Anstalten einzusetzen sind. Dementsprechend ist eine Gewinnabführung durch das Gesetz ausgeschlossen. Damit eine eventuelle Veräußerung von Wohnungsbeständen oder gar einer einzelnen Anstalt nicht zur Minderung des insgesamt für die verfassungsrechtliche Versorgungsaufgabe zur Verfügung stehenden Vermögens führt, wird gesetzlich vorgegeben, dass solche eventuellen Erlöse wiederum nur für die Schaffung zusätzlichen preisgünstigen Mietwohnraums gemäß Absatz 3 und 4 oder für die Modernisierung des verbleibenden Wohnungsbestandes nach Absatz 6 und § 14 Absatz 6 einzusetzen sind.

**Absatz 9:**

Um für die tagtäglichen Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnungen der Anstalten geeignete Angebote über die Wohnungen hinaus zur Verfügung stellen zu können, werden die über die Wohnraumbereitstellungen hinausgehenden Aufgaben beschrieben.

**Absatz 10:**

Um alle Wohnungen der Anstalten für den Wohnraumversorgungsauftrag dauerhaft zu erhalten, wird die Umnutzung als Ferienwohnung untersagt.

**Absatz 11:**

In Absatz 11 wird die Selbstverständlichkeit festgehalten, dass auch die Anstalten diskriminierungsfrei Anträge bei dem Wohnraumförderfond stellen können.

**Absatz 12:**

Um für eine Erweiterung des Auftrags der Anstalten eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, wird hier geregelt, dass Aufgabenübertragungen an die Anstalten auch der Ersatz des notwendigen Aufwandes gesichert sein muss.

**Zu § 14:**

**Absatz 1:**

Die Anstalten erhalten hier Kompetenzen, die für eine effiziente Aufgabenerfüllung erforderlich sind.

**Absätze 2 bis 3:**

Die Aufgaben der Anstalten liegen in Berlin. Angesichts der sich darüber hinaus erstreckenden Metropolregion kann es jedoch sinnvoll sein, Dienstleistungen auch über die Grenzen des Landes Berlin hinaus anzubieten, sofern dies der Wohnraumversorgung in Berlin dient. Ausnahmsweise ist ein Engagement der Anstalten in der Region Berlin-Brandenburg zulässig.



Es kann auch sinnvoll sein, zur Zusammenarbeit mit privaten oder öffentlichen Stellen Tochterunternehmen zu gründen oder Beteiligungen zu erwerben: Insbesondere können einzelne Dienstleistungen in der Wohnungsbewirtschaftung gemeinsam mit Privaten betrieben werden. Derartige Vorhaben sind jedoch eng zu umgrenzen, um die Aufgabenorientierung, öffentliche Kontrolle und Transparenz der Tätigkeit der Anstalten zu erhalten. Darum sind entsprechende Vorhaben im Rahmen der Wahrnehmung der Aufgaben sowie weiteren durch das Abgeordnetenhaus zu erlassenden Gesetzen möglich, und auch die etwaigen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften sind auf die Ziele der Anstalten, insbesondere § 25 Absatz 1 dieses Gesetzes, zu verpflichten. Auch das Prüfungsrecht des Rechnungshofes sowie die Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes wird sichergestellt.

**Absatz 4:**

Hier wird für die Führung der Geschäfte der Anstalten eine Orientierung für die Mietpreisbildung formuliert. Hierbei muss die betriebswirtschaftliche Nachhaltigkeit gesichert sein, sowie die Tragfähigkeit der Mietpreisbildung für die einzelnen Haushalte beachtet werden. Daraus entsteht kein Rechtsanspruch. Die Bildung der Einzelmiete kann zur Sicherstellung der Tragbarkeit mittelfristig auch in Formen wie einer einkommensabhängigen Miethöhe entwickelt werden.

**Absatz 5:**

In Orientierung der Vorgabe nach Absatz 4 wird hier den Anstalten aufgegeben, ihre künftige Bestandserhaltung und Modernisierung ebenfalls nach der Tragbarkeit der daraus resultierenden Miete zu steuern.

In diesem Zusammenhang wird mit Satz 3 ausdrücklich auf die Rolle des Wohnraumförderfonds zur Sicherung der Versorgungsfunktion der Wohnungen der Anstalten auch nach einer Modernisierung verwiesen, indem auf die Möglichkeit der Beanspruchung von Fördermitteln des Wohnraumförderfonds nach § 38 dieses Gesetzes hingewiesen wird.

**Absatz 6:**

Die grundsätzlich möglichen Veräußerungen von bebauten und unbebauten Grundstücken werden in diesem Absatz detailliert geregelt. Hierfür ist ein besonderes Entscheidungsverfahren gesetzlich vorgesehen. Darüber hinaus wird abschließend geregelt, dass die Erträge aus Veräußerungen für Neubau oder Zukauf gleichwertigen Wohnungsbestandes einzusetzen sind.

In Nummer 1 wird als Ausnahmefall für eine solche Veräußerung die Bestandsarrondierung durch Verkäufe zwischen den Anstalten genannt. Hierdurch kann mittelfristig der Wohnungsbestand der Anstalten so den einzelnen Anstalten zugeordnet werden, dass eine effiziente Bewirtschaftung ermöglicht wird (keine räumlichen Doppelzuständigkeiten).

In Nummer 2 wird als weiterer Ausnahmefall die Veräußerung an Genossenschaften oder vergleichbare Unternehmen mit gemeinschaftlichem Bewirtschaftungskonzept eröffnet. Ziel dieser Ausnahme ist die Unterstützung von Wohnungsunternehmen in Berlin, die mit ihrem gemeinschaftlichen Wirtschaften einen wichtigen Beitrag für den Berliner Wohnungsmarkt leisten, in dem sie langfristig bezahlbares Wohnen und Raum für Initiativen zu schaffen.

Zur Klarstellung wird in Satz 5 ergänzend festgelegt, dass Veräußerung nicht zur Umwandlung in Wohnungseigentum führen dürfen.

**Absatz 7:**

Weitere Aufgaben, insbesondere im Rahmen von sozial- und wohnungspolitischen Versorgungsschwerpunkten, können einzelvertraglich den Anstalten übertragen werden. Im Gesetz wird der

notwendige finanzielle Ausgleich festgehalten, so dass wirtschaftliche Nachteile durch solche Aufgabenübertragungen auszuschließen sind.

**Zu § 15:**

Absatz 1:

Für Anstalten dieses Gesetzes ist eine Regelung hinsichtlich der Frage erforderlich, wer als Gewährträger für diese Anstalten eintritt. Das Land Berlin als Gewährträger haftet uneingeschränkt für diese Anstalten, jedoch steht diese Haftung subsidiär hinter derjenigen der Anstalten. Nach Satz 2 sichert Berlin die Erfüllung der Aufgaben.

Absatz 2:

Die Tätigkeit der Anstalten berührt nicht nur den Aufgabenbereich der Senatsverwaltung für Wohnen. Insbesondere die Senatsverwaltungen für Soziales und Finanzen sind sachlich ebenfalls betroffen. Das Fachwissen für die Stadtentwicklungspolitik, gerade im Hinblick auf die soziale Wohnraumversorgung, ist jedoch herkömmlicherweise bei der Senatsverwaltung für Wohnen angesiedelt, sodass eine entsprechende Zuständigkeit zweckmäßig ist.

**Zu § 16:**

Absatz 1:

Organe der Anstalten sind zunächst jeweils ein Verwaltungsrat und ein Vorstand. Der Verwaltungsrat formuliert Richtlinien und kontrolliert den Vorstand. Der Vorstand kann, je nach den Anforderungen der einzelnen Anstalt, aus einer oder mehreren Personen bestehen.

Des Weiteren sind der Gesamt-Mieterrat sowie der Fachbeirat Organe der Anstalten. Diese Gewährleisten die Einbeziehung der Interessen der Mieterinnen und Mieter, sowie die Sach- und Fachverstand aus den in Berlin tätigen Verbänden oder Organisationen der Sozialarbeit bzw. Wohlfahrtspflege oder sonstigen sich mit Fragen des Wohnens befassenden Einrichtungen und Mieterinitiativen und den in Berlin tätigen Verbänden oder Organisationen zur Beratung und Interessenvertretung der Berliner Mieterinnen und Mieter.

Absatz 2:

Zur Verbesserung der Kommunikation mit Mieterinnen und Mietern, Bürgerinnen und Bürgern sowie Kunden und einzelnen Beschäftigten hat sich das Modell der Ombudsstelle in der Praxis bewährt.

**Zu § 17:**

Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte und vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Es wird klargestellt, dass der Vorstand seine Aufgaben nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung gemeinwirtschaftlicher Grundsätze erfüllt, wie dies auch in § 25 Absatz 1 für die allgemeine Aufgabenerfüllung der Anstalten geregelt ist. Bei Abschluss des Anstellungsvertrags mit den Vorständen vertritt der Vorsitzende des Verwaltungsrats die Anstalt. Zu den Aufgaben des Vorstands zählt die jeweilige jährliche Erstellung des Wirtschaftsplanes, des fünfjährigen Investitions- und Finanzplans, des Geschäftsberichtes der Anstalt sowie eine Evaluation der Erreichung der wohnungswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben und Ziele der Anstalt. Letzteres ist wichtig, um die Erfüllung der Aufgaben und Ziele nach § 13 kontinuierlich kontrollieren zu können.

**Zu § 18:**

Absätze 1 bis 2:

Acht Mitglieder des Senats, darunter die Senatoren für Wohnen, Soziales und Finanzen, repräsentieren das öffentliche Interesse, und bringen das Fachwissen und die Kompetenzen des Landes Berlin ein. Den Vorsitz des Verwaltungsrats führt die Senatorin bzw. der Senator für Wohnen.

Die Zusammensetzung des Verwaltungsrates ist ein wichtiges Element zur Umsetzung von Demokratie und Transparenz in den Anstalten: Vier Mitglieder des Verwaltungsrates repräsentieren die Interessen der Mieterinnen und Mieter. Es gab schon bisher vereinzelt Mietervertreterinnen oder Mietervertreter in den Aufsichtsräten von Kapitalgesellschaften der kommunalen Wohnungswirtschaft. Die Beteiligung von Mieterinnen und Mietern soll sicherstellen, dass die Erfüllung der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Wohnungswirtschaft an den Interessen der Mieterinnen und Mieter orientiert bleibt.

Durch die Einbeziehung von Vertreterinnen bzw. Vertretern aus den in der Erläuterung zu § 16 Absatz 1 beschriebenen Organisationen, die sich im weitesten Sinne mit sozialen Fragen des Wohnens befassen, soll einerseits sichergestellt werden, dass der allgemeine Versorgungsauftrag auch über die Versorgung der bereits bei den Anstalten Wohnenden hinaus wahrgenommen wird und andererseits auch dauerhaft auf eine Erweiterung des Bestandes zur Sicherung der Versorgungsaufgabe geachtet wird.

Hinzu kommen zwei Mitglieder als Vertreter der Beschäftigten.

#### **Absatz 6:**

Zur Verbesserung der innerbetrieblichen Transparenz und damit zentrale Belange direkt berücksichtigt werden, nehmen mit Rede- und Antragsrecht an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil: Der Vorstand, um den direkten Austausch hinsichtlich der laufenden Geschäfte und der Umsetzung der Geschäftspolitik zu ermöglichen. Des Weiteren soll aber auch der Personalrat vertreten sein, damit konkrete Belange der Beschäftigten direkt zur Sprache gebracht werden können, sowie die Frauenvertreterin nach § 16 Absatz 3 LGG bzw. die Ombudsperson.

#### **Absatz 10:**

Die verantwortungsvolle Wahrnehmung der Tätigkeit im Verwaltungsrat erfordert ein erhebliches Maß an Sachkunde. Bei den Senatorinnen und Senatoren ist dies unter anderem durch die Senatsverwaltungen zu unterstellen. Bei den Vertreterinnen und Vertretern der Mieterinnen und Mieter, des Fachbeirates sowie der Belegschaft ist es jedoch wahrscheinlich, dass eine Fortbildung erforderlich ist. Diese bereitzustellen liegt in der Verantwortung der jeweiligen Anstalt.

#### **Absatz 11:**

Transparenz und Mieterbeteiligung sind wesentliche Ziele der Anstalten. Um diese zu fördern sind die Sitzungen des Verwaltungsrates in der Regel öffentlich. Die Satzung kann Ausnahmen bestimmen, etwa in Angelegenheiten, die einzelne Beschäftigte betreffen.

#### **Zu § 19:**

##### **Absatz 1:**

Der Verwaltungsrat trifft die grundlegenden Entscheidungen für die Anstalt und überwacht ihre Umsetzung: Beginnend mit der Satzung, in der die Anstalten im einzelnen näher ausgestaltet werden, über die Bestellung und Anstellung des Vorstands, Richtlinien für den Vorstand, den Erlass der Wahlordnungen des Gesamt-Mieterrats und der Gebiets-Mieterräte, die Verabschiedung von Grundsätzen der Mietpreise, den Beschluss des jährlichen Wirtschaftsplans, bis zur Wirtschaftsprüfung. Der Verwaltungsrat entscheidet auch alle anderen Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich dem Vorstand zugewiesen sind. Außerdem berät der Verwaltungsrat den Vorstand

in dessen Aufgabenbereich, da er in seiner Zusammensetzung die relevanten Interessen der öffentlichen Hand und der Mieterinnen und Mieter repräsentiert.

**Absatz 2:**

Der Erlass und die Änderung der Satzungen der Anstalten bedarf der Zustimmung des Abgeordnetenhauses. Das vorliegende Gesetz begründet fünf Anstalten mit unterschiedlicher Größe. Zur praktischen Umsetzung können in der Satzung der jeweiligen Anstalt dementsprechend unterschiedliche Regelungen getroffen werden, etwa hinsichtlich der Zahl der Vorstandsmitglieder

**Absatz 3:**

Satz 1 ermöglicht es, in der Satzung dem Verwaltungsrat über die in diesem Gesetz explizit geregelten Befugnisse hinaus weitere Kompetenzen zu übertragen. Satz 2 erlaubt es dem Verwaltungsrat, über die Satzung hinausgehend Geschäfte und Maßnahmen des Vorstandes unter einen Zustimmungsvorbehalt zu stellen. Erfahrungen haben gezeigt, dass es Maßnahmen und Geschäfte gibt, die für eine Anstalt unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten keine zentrale Bedeutung haben, in der Öffentlichkeit jedoch auf großes Interesse stoßen. Hier soll es dem Verwaltungsrat ermöglicht werden, flexibel zu agieren und sein Zustimmungsrecht im Einzelfall auszuüben.

**Absatz 4:**

Die Vorschrift regelt die Einrichtung von Ausschüssen, welche beratende Funktion haben. Dies kann bedeuten, dass Beschlüsse und Verhandlungen des Verwaltungsrates in den Ausschüssen vorbereitet werden oder deren Ausführung von den Ausschüssen überwacht wird. Näheres kann durch die Satzung geregelt werden.

**Absatz 5:**

Zusätzliche, anstaltsübergreifende Beratungsgremien ohne eigenständige Beschlusskompetenz können sinnvoll sein, um eine partnerschaftliche Strategieentwicklung im Sinne der Aufgaben und Ziele der Anstalten nach § 13 zu ermöglichen und zu fördern, sowie um das Performance Management der jeweiligen Anstalt zu verbessern, was insbesondere durch den Austausch über Best-Practice-Verfahren und die Durchführung von Leistungsmessungen, Leistungsvergleichen und Benchmarkings stattfinden kann.

**Absatz 6:**

Um die Kontrolle des Vorstandes nicht zuletzt auch durch die Mieterinnen und Mieter, die Beschäftigten sowie den Fachbeirat sicherzustellen, wird auch den entsprechenden Mitgliedern des Verwaltungsrates in Absatz 6 ein unbeschränktes Auskunfts- und Einsichtsrecht gewährt.

**Absätze 7 bis 8:**

Zu regeln ist die Aufwandsentschädigung für die vom Gesamt-Mieterrat und Fachbeirat gewählten Mitglieder des Verwaltungsrates. Im Gegensatz zu den Vertreterinnen und Vertretern von Senat und Beschäftigten handelt es sich für diese in der Regel nicht um einen Teil ihrer Erwerbstätigkeit. Auch Regelungen zur Übernahme von Fortbildungskosten für die gewählten Mitglieder des Verwaltungsrates sind in der Satzung zu treffen.

**Zu § 25:**

**Absatz 1**

Um eine effektive, effiziente und ökonomische Wirtschaftsführung zu gewährleisten, sind die Anstalten zweckmäßigerweise nach kaufmännischen Grundsätzen zu organisieren. Auf dieser Grundlage sind die gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkte im Sinne des BerlBG § 3 Absatz 2 Satz 1 ausdrücklich gesetzlich zu beachten, weil sie in diesem Sinne Träger öffentlicher Versorgungsaufgaben sind und im öffentlichen Interesse die Versorgung von Wohnraum für am Wohnungsmarkt besonders benachteiligte und benachteiligte Haushalte gewährleisten. Die soziale Wohnraumversorgung stellt eine Dienstleistung bzw. Sozialleistung von allgemeinem Interesse dar, was bedeutet, dass Sozialdienstleistungen von den Anstalten erbracht werden müssen, die im Interesse der Allgemeinheit liegen und ohne die Betrauung von diesen nicht, oder nicht im gleichen Umfang oder nicht zu den gleichen Konditionen erbracht würden. Wegen mangelnder Rentabilität oder fehlender wirtschaftlicher Attraktivität werden diese wohnungswirtschaftliche Sozialdienstleistungen nicht vom Markt erbracht.

Zur finanziellen Entlastung der Anstalten, die unter anderem durch diese Dienstleistungen entstehen können, ist die Abführung von Gewinnen in diesem Gesetz ausgeschlossen worden.

#### Absatz 2

Mit der Ausweisung und Offenlegung der Vergütungen der Mitglieder des Vorstandes bzw. der Geschäftsführungen der Anstalten und der Unternehmen nach §12 wird dem Wunsch des Volkes und des Abgeordnetenhauses nach mehr Transparenz in Unternehmen entsprochen, an denen das Land Berlin beteiligt ist (siehe Drucksachen Nummer 15/4187, 15/4261 und 15/4261-1).

#### Zu § 26:

##### Absatz 1:

Durch die künftige Übernahme insbesondere von sozialen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse auf der Grundlage des Auftrags der Daseinsvorsorge im Sinne der Berliner Verfassung nach Artikel 28 Absatz 1 durch die bisherigen Wohnungsunternehmen im Rahmen der jeweiligen Umwandlung in eine Anstalt öffentlichen Rechts entstehen zusätzliche Aufwendungen bei diesen Anstalten.

Die Abdeckung dieser zusätzlichen Aufwendungen soll möglichst nicht durch Mieterhöhungen erfolgen. Daher wird generell die Ausschüttung von Gewinnen an den Landeshaushalt gesetzlich ausgeschlossen.

##### Absatz 2:

Im Hinblick auf die langfristige Sicherung des Immobilienvermögens für eine nachhaltige Erfüllung des Versorgungsauftrages wird hier geregelt, dass insbesondere die vermögenssichernde Instandhaltung der Wohnungsbestände gewährleistet sein muss. Ausdrücklich wird im Gesetz auf die Notwendigkeit der Bildung und eventuellen Inanspruchnahme einer Rücklage für Instandhaltung hingewiesen, um dadurch langfristigen Werterhalt auch durch größere Maßnahmen der Instandsetzung ohne Mieterhöhung zu gewährleisten. Schließlich wird ausdrücklich auf die besonderen Mitbestimmungsrechte der Mieterschaft nach den §§ 20 bis 23 dieses Gesetzes hingewiesen.

#### Zu § 27:

Die Anstalten sollen sich durch besondere Transparenz auszeichnen. Über die Regelungen des Informationsfreiheitsgesetzes hinaus soll dies vor allem durch verstärkte Informationspflichten erreicht werden: Insbesondere die Beschlussvorlagen und Tagesordnungen des Verwaltungsrates sowie gefasste Beschlüsse, Berichte des Vorstandes und weitere wichtige Dokumente wie z.B. Grundlagen der Mietpreisbildung sind rechtzeitig zu veröffentlichen.

$$120.000 \times 70 \times 12 = 84.000.000$$

$$\underline{7780000}$$

$$85780.000$$

### Zu § 28:

#### Absatz 1:

Dieses Gesetz enthält eine Reihe von Vorschriften, die ihren Ursprung im Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) haben. Darüber hinaus haben sich Vorstand und Aufsichtsrat der Anstalten auch einen eigenen Kodex zu geben. Satz 2 der Vorschrift stellt insoweit den Vorrang der Bestimmungen dieses Gesetzes klar. Aus dem Bericht nach Satz 3 ist auch ersichtlich, warum gegebenenfalls von Empfehlungen oder Anregungen des Corporate Governance Kodex abgewichen worden ist.

#### Absatz 2:

Selbstverständlich sind die neugeschaffenen Anstalten insbesondere in ihrer Personalpolitik sowie in der Mietermitbestimmung verpflichtet, das Ziel der Geschlechtergleichstellung aktiv zu fördern.

### Dritter Abschnitt

### Zu § 29:

Die Entwicklung der Kostenmiete in den vergangenen Jahren sowie das zusätzliche Programm der erhöhten Rückführung von Aufwendungsdarlehen hat unter anderem dazu geführt, dass die derzeit noch gebundenen öffentlich geförderten Wohnungen auf einem für die Zielgruppe Großteils nicht finanziell tragbaren Mietniveau vermietet werden. Ziel der Regelung im vierten Abschnitt dieses Gesetzes ist es, die vertraglich geschuldete Einzelmiete wieder auf ein Niveau zurückzuführen, was für die betroffenen Haushalte finanziell tragbar ist. Im Sinne einer ergänzenden Objektförderung wird in den §§ 30-33 ein System einer einkommensbezogenen, wohnungsgenauen Nachsubventionierung eingeführt.

}}}

erzwingt Objektförderung

Der Einsatz dieses Instruments begründet sich dadurch, dass Teile des Kostenmietrechts bundesrechtlichen Normen unterliegen bzw. landesrechtlich derzeit noch nicht abschließend geregelt sind. Daher sind in diesem Gesetz zur Vermeidung von verfassungsrechtlichen Problemen bei Volksbegehren (Koppelungsverbot) keine Schritte zur Senkung der bisherigen Kostenmiete nicht enthalten.

!!! nicht doppelte Verzinsung

Bei einer Abschätzung der Inanspruchnahme von Mitteln des Wohnraumförderfonds durch die nachfolgenden Regelungen in den §§ 30 bis 33 ist von der tatsächlichen Sozial- und Einkommensstruktur der Mieterinnen und Mieter in den Beständen der geförderten Wohnungsbaus auszugehen. Nach vorläufigen Informationen seitens der Senatsverwaltung Stadtentwicklung und Umwelt sind in den Beständen des geförderten Wohnungsbaus durchschnittlich ca. 31 % der Haushalte Empfänger von Transferleistungen nach SGB II. Darüber hinaus sind noch weitere Berechtigte gemäß der §§ 30 bis 33 in den Sozialwohnungen zu unterstellen. Unter der Annahme, dass bei den 137.000 Wohnungen die 2014 noch als öffentlich gefördert gelten, bei einer durchschnittlichen Größe von 60 qm alle Mieten um 0,90 € gesenkt werden müssten, um die Miete auf den Durchschnitt der Leistungen der Jobcenter zu reduzieren, ergäbe sich ein rechnerischer Aufwand maximal rd. 89 Mio. € im Jahr. Tatsächlich ist aber davon auszugehen, dass im Gegensatz zu dieser Berechnung mit 100 % deutlich weniger Haushalte Anspruchsberechtigung haben.

}}

Damit die dafür erforderlichen öffentlichen Mittel möglichst sparsam eingesetzt werden, ist die zuständige Senatsverwaltung aufgefordert, den Umfang der Subventionierung dadurch zu be-

schränken, dass kostensenkende Maßnahmen, auch seitens der Verfügungsberechtigten, im Rahmen des Kostenmietrechts überprüft werden. Beispielsweise kann dies durch eine parlamentarische Enquete-Kommission vorbereitet werden.

#### Zu § 30:

##### Absatz 1:

In einem ersten Schritt soll die Mietenbelastung in den Sozialwohnungen für diejenigen Haushalte, die einen in Berlin üblichen Wohnungsberechtigungsschein nachweisen, gesenkt werden. Die Einkommensgrenze dieses WBS liegt bei 140 % der im WoFG § 9 Absatz 2 bundesgesetzlich festgelegten Einkommensgrenze. Für diese obere Gruppe der niedrigeren Einkommen soll die Miete auf einen für sie tragbares Niveau heruntersubventioniert werden. Derzeit liegt der Durchschnittswert der Mieten der Sozialwohnungen bei 5,74 € / qm p.M. Dies soll die Obergrenze der dann aktuell festzusetzenden vertraglich geschuldete Einzelmiete für diese betroffene Einkommensgruppe werden. In Satz 2 wird geregelt, dass dieser Durchschnitt alle 2 Jahre neu zu ermitteln ist.

##### Absatz 2:

Sofern die aktuelle Einzelmiete des berechtigten Haushaltes mit einem Berliner WBS bereits unterhalb der Miete von 5,74 € (aktueller Wert 2014) liegt, ist keine Mietensubvention für diese Einkommensgruppe vorgesehen.

#### Zu § 31:

In einem zweiten Schritt wird für eine Einkommensgruppe, deren Einkommen innerhalb der bundesgesetzlichen Einkommensgrenze nach § 9 Absatz 2 WoFG liegt, die Einzelmiete über die Subvention nach § 31 hinaus um 10 % unter den dort ermittelten Durchschnittswert abgesenkt. Unter Ansatz des Durchschnittswertes von 2014 würde eine Obergrenze von aktuell 5,14 € / qm p.M. für diese Einkommensgrenze angesetzt werden. In Satz 2 wird die Anpassung dieser Regelung ebenfalls alle 2 Jahre festgesetzt.

#### Zu § 32:

##### Absatz 1:

In einem dritten Schritt wird die vertraglich geschuldete Einzelmiete für die Einkommensgruppe mit besonders niedrigem Einkommen bzw. Leistungsempfängerinnen bzw. Leistungsempfängern nach SGB II und Leistungsempfängerinnen bzw. Leistungsempfängern nach SGB XII bzw. nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zusätzlich zu den Subventionsschritten nach §§ 30 und 31 abgesenkt. Nach derzeitigen Angaben beträgt der Anerkennungssatz Jobcenter in Berlin 8,84 €. Für diese Mietergruppe würde die Einzelmiete auf diesen Betrag gesenkt. Ergänzend wird in Satz 2 sichergestellt, dass auch die Kosten für Betriebs- und Heizkostennachzahlungen neben der Vorauszahlungen in diese Berechnung aufzunehmen sind.

##### Absatz 2:

An Stelle einer zweijährigen Regelüberprüfung, wie in den §§ 30 und 31, wird hier eine Neuanpassung der Miethöhe nur bei Änderung des Kostenübernahmebescheides des Jobcenters bzw. der anderen zuständigen Stellen vorgeschrieben.

#### Zu § 33:

Aufgrund des Wegfalls der Anschlussförderung für verschiedene Baujahrgänge ist eine besondere Situation bei ca. 28.000 Sozialwohnungen in Berlin entstanden. Für diese Wohnungen wird in diesem Paragraphen ein besonderer Mietausgleich geregelt, der sich an die bereits existierende Mietausgleichsvorschrift MietA-VV anlehnt.

Absatz 1:

In Absatz 1 wird der Kreis der betroffenen Wohnungen definiert.

Absatz 2:

Auch für diesen Kreis der betroffenen Haushalte wird die einkommensabhängige Mietensubvention gemäß der §§ 30-32 zur Anwendung vorgesehen.

Absatz 3:

Zusätzlich zu dem Kreis der in Absatz 1 festgelegten Wohnungen, soll die einkommensabhängige Mietensubvention auch auf Wohnungen ausgeweitet, die derzeit nicht mehr die Eigenschaft „öffentlich gefördert“ haben. Der Anspruch auf Gewährung eines Mietenausgleichs wird jedoch auf diejenigen Haushalte beschränkt, die die derzeit bewohnte Wohnung bereits vor dem Zeitpunkt des Wegfalls der Eigenschaft „öffentlich gefördert“ gemietet hat.

Die hier herangezogene landesrechtliche Norm von § 5 WoG Bln bedarf einer Überprüfung, ob der damit verbundene Wegfall der Eigenschaft „öffentlich gefördert“ auch künftig für andere Sozialwohnungen angewendet werden soll. In diesen Fällen würden die Regelungen in diesem Paragraphen auch für diese Wohnungen gelten.

Absatz 4:

Im Unterschied zu den Mietausgleichsvorschriften MietA 2011 wird der hier gewährte Mietausgleich statt auf 3 nunmehr auf 10 Jahre gewährt und nicht in mehreren Absenkungsschritten gekürzt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die derzeitigen langjährigen Mietparteien nicht zum Auszug aus der Wohnung genötigt werden.

#### Zu § 34

Absatz 1:

Im Sinne der objektbezogenen, zusätzlichen Subventionierung zur einkommensorientierten Begrenzung der Miete soll der Wohnraumförderfonds in der Wahl des Förderinstrumentes frei sein. Sofern rechtlich möglich kann dies durch einseitige Maßnahmen des Darlehensgebers Land erfolgen oder durch Zuschussmittel oder eine Kombination der beiden Instrumente.

Absatz 2:

Die jährliche Anpassung um 0,1278 € je m<sup>2</sup> Wohnfläche (VwV Kürzung 2004) wird mit Inkrafttreten des Gesetzes abgeschafft, um den negativen Effekt dieser Mieterhöhungen auf den Wohnungsmarkt von Berlin zu beenden und keine zusätzliche Belastung bei den Mieterinnen und Mietern auszulösen.

Zu § 35:

In diesem Paragraphen wird das Antragsverfahren für Mietensubventionen definiert. Dabei sind die nach §§ 30 bis 32 erforderlichen Bescheinigungen oder Bescheide alle zwei Jahre zu erneuern. Nach Absatz 3 kann von dieser grundsätzlichen Regel abgewichen werden, wenn sich das anzurechnende Haushaltseinkommen wesentlich reduziert hat. Hierdurch soll Mietern die Möglichkeit



eröffnet werden, bei einer deutlichen Verschlechterung des Einkommens, wie beispielsweise in Fällen plötzlicher Arbeitslosigkeit, eine Einstufung in eine nach § 39 Absatz 2 niedrigere Einkommensgruppe zu erhalten. Welcher Schwellenwert (20 % oder mehr) anzusetzen ist, ist Regelungsgegenstand der Verwaltungsrichtlinie.

#### **Zu § 36:**

Mit dieser neuen gesetzlichen Regelung wird die grundsätzlich mögliche Freistellung von Belegungsbinden nach § 30 Absatz 1 WoFG in Verbindung mit § 7 WoBindG eingeschränkt. Derartige Freistellungen sind nur zulässig wenn die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen gefährdet ist und die Anzahl der gebundenen Wohnungen gemäß § 4 WoBindG abnimmt.

#### **Zu § 37:**

Absatz 1:

Die durch ein Landesgesetz nicht auszuschließende frühzeitige Barwert-Rückzahlung nach § 16 WoBindG soll nicht mehr zu einer Verkürzung von Bindungsfristen führen.

In den außer Kraft getretenen Rückzahlungsvorschriften für Aufwendungsdarlehen war längstens eine Bindung von 20 Jahren vorgesehen.

Absatz 2:

Ein Eigentümer, der aufgrund dieses Gesetzes oder anderen Anlässen ein gefördertes Objekt nicht weiter im Eigentum behalten möchte, erhält mit dieser Regelung das Recht, das Objekt gegen Erstattung der noch valutierenden Fremdmittel sowie des dem Objekt zuzurechnenden Eigenkapitals im Wege einer Veräußerung an eine der Anstalten zu übertragen. Das Land Berlin ist demnach verpflichtet, die entsprechende Anstalt finanziell so auszustatten, dass diese Übertragung erfolgen kann.

Diese Regelung dient dem Interessenausgleich zwischen Verfügungsberechtigten und fördernder Stelle, soweit die vorstehenden Regelungen dieses Gesetzes zu einer wirtschaftlichen Belastung des Verfügungsberechtigten führen.

#### **Vierter Abschnitt**

#### **Zu § 38:**

Nach Aufhebung der Bundesgesetzgebungskompetenz für den Bereich des Wohnungswesens durch die Föderalismusreform gilt das Wohnraumförderungsgesetz auf der Grundlage dieser Kompetenz als Bundesrecht weiter.

Mit einer Ersetzung des Wohnraumförderungsgesetzes des Bundes durch ein durch ein Berliner Wohnraumversorgungsgesetz wird ein landesgesetzlicher Rahmen für die künftige Wohnraumförderung mit öffentlichen Mitteln, namentlich für die Mietwohnraumförderung und die Modernisierungsförderung, geschaffen. Zugleich wird gegenüber den bisherigen bundesrechtlichen Vorschriften die Regelungsdichte deutlich reduziert und die Abläufe im Verwaltungsverfahren werden wesentlich vereinfacht.

Eine Neuordnung kann nur durch Gesetz erfolgen. Zur Entlastung des Gesetzes von Einzel- und Durchführungsregelungen soll von ergänzenden Verordnungsregelungen Gebrauch gemacht werden. Weiterhin sollen ergänzend Förderbestimmungen auf der Grundlage des Zuwendungsrechts erlassen werden.

Der fünfte Abschnitt dieses Gesetzes regelt die Grundsätze, nach denen das Land Berlin die Förderung des Neubaus von Mietwohnraum, die Modernisierung von Mietwohnraum und des Ankaufs von Bindungen zur Unterstützung von Haushalten bei der Versorgung mit angemessenem Wohnraum fördert (soziale Wohnraumförderung).

Eine Eigentumsförderung ist nicht vorgesehen, denn im Unterschied zu anderen flächengroßen Bundesländern besteht ein besonderer Bedarf an Mietwohnungen im unteren Preissegment; die Umwandlung von Wohnungsbeständen soll nicht durch eine Eigentumsförderung bestärkt werden.

Die Wohnraumförderung muss sich auf diejenigen konzentrieren, die in ihrer konkreten Lebenssituation staatlicher Hilfe bedürfen. Dies sind zum einen Personen mit geringem Einkommen, die sich aus eigener Kraft die am Markt angebotenen, ihren Wohnbedürfnissen entsprechenden Mietwohnungen finanziell nicht leisten können. Zum anderen sind dies Personen, denen die Vermieter wegen der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen oder wegen persönlicher sozialer Merkmale andere Personen vorziehen. Die davon betroffenen Personen finden mitunter sogar trotz eigener Kaufkraft am Wohnungsmarkt keine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung; dies gilt etwa für Familien mit Kindern, Alleinerziehende oder Menschen mit Behinderung.

#### Absatz 1

Die Vorschrift nennt als Arten der Wohnraumförderung die Mietwohnraumförderung, die Modernisierungsförderung und den Ankauf von Mietwohnungsbeständen zu Begründung von Bindungen.

#### Absatz 2

Mit der Mietwohnraumförderung sollen Personen unterstützt werden, die sich am Markt nicht selbst angemessen mit Wohnraum versorgen können. Zu diesem Personenkreis gehören insbesondere Haushalte mit Kindern, Menschen mit Behinderung und ältere Menschen.

#### Absatz 3

Ziel dieser Regelung ist, dass ein möglichst großer Schutz von Grünflächen gewährleistet wird. Die Förderung von Neubauvorhaben soll deshalb vorrangig auf bereits erschlossenen Grundstücken realisiert werden. Dies kann insbesondere erfolgen durch Maßnahmen der Erweiterung von Wohnraum ohne Neuversiegelung (zum Beispiel Dachgeschossausbauten, Umwandlungen von bisher nicht für Wohnen genutzten Gebäuden) sowie der Umwandlung von bereits benutzten Flächen für Gewerbe, Lagerflächen, Parkplätzen und ähnlichen Nutzungen.

#### Absatz 4:

Ziel der Modernisierungsförderung von Mietwohnraum ist es, den bisherigen Wohnungsbestand nicht nur zu erhalten, sondern auch an den sich ändernden Interessen der zu versorgenden Zielgruppe bedarfsgerecht und zeitgemäß anzupassen, ohne dass Mieter mit unzumutbaren Mieterhöhungen rechnen müssen. Zeit- und bedarfsgerechte Modernisierungsmaßnahmen können z. B. in der Herstellung der Barrierefreiheit oder der Energieeinsparung dienen. Die Modernisierungsförderung zielt also ebenso wie die Mietwohnraumförderung auf die Versorgung der zu versorgenden Zielgruppe mit angemessenem Wohnraum ab.

Die Fördergegenstände sind häufig Teil der Erneuerung städtischer Quartiere, deren Maßnahmen neben der Beseitigung städtebaulicher Missstände die Aufwertung des Lebens- und Wohnumfelds und die Anpassung der städtebaulichen Infrastruktur zum Ziel haben (Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Maßnahmen des Stadtumbaus und der sozialen Stadt).

Die Wohnraumförderung kann auch nachhaltige Beiträge für andere öffentliche Zielsetzungen leisten; das gilt zum Beispiel für die Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen durch Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen, für die Bewältigung der demografischen Entwicklung durch Unterstützung besonderer Wohnformen im Alter und des generationenübergreifenden Wohnens und für den Klimaschutz durch die Förderung von baulichen Maßnahmen zur energetischen Modernisierung.

Absatz 5:

Absatz 5 soll den Begriff des Mietwohnraums definieren. Für die Zwecke dieses Gesetzes soll in der Begriffsbestimmung des Absatzes 5 herausgestellt werden, dass im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung genossenschaftliche und andere vergleichbare Nutzungsverhältnisse wie Mietverhältnisse behandelt werden.

**Zu § 39:**

Absatz 1:

Die Einkünfte eines Haushalts sind wesentliches Merkmal zur Identifizierung der von der Wohnraumförderung zu unterstützenden Zielgruppen. Die hier vorgenommene landesrechtliche Regelung lehnt sich stark an das bisherige Bundesrecht des WoFG an.

Absatz 2:

Die Abgrenzung des Berechtigtenkreises erfolgt durch die in Absatz 2 bestimmten Einkommensgrenzen. Den Einkommensgrenzen kommt zentrale Bedeutung für Zielrichtung und Zweck der Subvention zu.

Die Einkommensgrenzen orientieren sich an den bisherigen Höchstgrenzen nach § 9 Absatz 2 WoFG oder stocken diese auf, um den zu fördernden Personenkreis, insbesondere Familien mit Kindern und Menschen mit Behinderung, zielgenauer zu erfassen. Darüber hinaus wird in diesem Gesetz auch abweichend von den Regelungen anderer Bundesländer eine zusätzliche Unterschreitung der Höchstgrenzung von § 9 Absatz 2 WoFG eingeführt, um den zu fördernden Personenkreis, insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen, durch eine entsprechend angepasste Miete zu fördern. Diese Neufestlegung des Kreises der Förderberechtigten führt allerdings nicht zwangsläufig zur einer Förderung des Einzelnen, insbesondere besteht kein Rechtsanspruch auf eine Versorgung durch geförderten Wohnraum.

Die Berechnung zur Ermittlung des Gesamtjahreseinkommens soll durch Rechtsverordnung der zuständigen Senatsverwaltung festgelegt werden.

Absatz 3:

Abweichungen von den in Absatz 2 genannten Einkommensgrenzen sind durch Rechtsverordnung möglich, um die Ziele der Wohnraumförderung auch bei uquartiersbezogen unterschiedlichen Verhältnissen flexibel umsetzen zu können. Dies gilt für die Schaffung von Mietwohnraum für Haushalte mit Schwierigkeiten bei der Wohnraumversorgung.

**Zu § 40:**

Hier wird als Grundlage der zu erlassenden Fördervorschriften ein flexibles System der Entwicklung der Bewilligungsmiete vorgesehen. Diese Flexibilität dient der Anpassung der Miete an eine möglichst gleichbleibende Wohnraumkostenbelastung im Verhältnis zum Einkommen.

In Satz 3 wird festgelegt, dass aus diesen Regelungen entstehende zusätzliche Einnahmen auch dem Wohnraumförderfonds zuzuführen sind.

#### **Zu § 41:**

Dieser Paragraph enthält den Grundsatz, dass die Wohnflächen der zu fördernden Maßnahmen angemessen sein müssen. Maßstäbe ergeben sich aus den Zielsetzungen der sozialen Wohnraumförderung, der Zweckbestimmung der jeweiligen Maßnahme sowie der Bedürfnisse der jeweiligen Haushalte, insbesondere der Haushaltsgröße.

#### **Zu § 42:**

##### **Absatz 1:**

Der Haushaltsbegriff ist maßgeblicher Anknüpfungspunkt für die Wohnberechtigung und die Einhaltung der jeweiligen Einkommensgrenze. Ein Mehrpersonenhaushalt setzt voraus, dass diese Personen den Wohnraum gemeinsam bewohnen und sich ganz oder teilweise gemeinsam mit dem täglichen Lebensbedarf versorgen. Kinder von dauernd getrennt lebenden oder geschiedenen Eltern, bei denen die elterliche Sorge zumindest auch dem Antragsteller zusteht, rechnen ebenfalls zu diesem Haushalt.

##### **Absatz 2:**

Von Absatz 2 sind auch Personen im Sinne von Absatz 1 erfasst, bei denen eine alsbaldige Aufnahme in den Haushalt konkret zu erwarten ist.

#### **Zu § 43:**

Die Vorschrift regelt das Verfahren der Antragstellung und der Bewilligung sozialer Wohnraumförderung.

##### **Absatz 1:**

Die zuständige Stelle für das Antragsverfahren wird in den §§ 7 bis 8 dieses Gesetzes erläutert. Bindungen, die sich aus einer Förderzusage ergeben, bleiben auch dann bestehen, wenn ein Eigentümerwechsel stattfindet. In diesem Fall gelten die Bestimmungen der Förderzusage für den Rechtsnachfolger.

##### **Absatz 2:**

Absatz 2 bestimmt, welche Regelungen in jede Förderzusage zwingend aufzunehmen sind. Die Rechtsfolgen aus der in der Förderzusage bestimmten Höhe der Miete und der Art der Belegung ergeben sich aus den §§ 44, 45, 46 und 51 als gesetzliche Miet- und Belegungsbindung.

Die in Absatz 2 aufgeführten Mindestanforderungen an den Inhalt der Förderzusage gewährleisten, dass zu den wesentlichen Eckwerten der Förderziele eine Festlegung erfolgt, und lassen zugleich Spielraum für ergänzende Bestimmungen im konkreten Einzelfall.

##### **Absatz 3:**

Dieser Absatz stellt klar, dass kein Anspruch auf Förderung besteht.

##### **Absatz 4:**

Für den Fall der Rechtsnachfolge bei gleichzeitigem Eigentumswechsel normiert Absatz 4 unabhängig vom Grund (Veräußerung oder Erbfall) den Übergang von Rechten und Pflichten aus der Förderzusage vom Förderempfänger auf den Nachfolger kraft Gesetzes. Damit ist gewährleistet, dass die Zweckbestimmungen auch beim Eigentümerwechsel erhalten bleiben.

**Zu § 44:**

**Absatz 1:**

Nach Absatz 1 unterliegt geförderter Mietwohnraum Belegungsbindungen. Die Vermieterin oder der Vermieter hat - vor dem Abschluss eines Mietvertrages mit einer wohnungssuchenden Person und der Überlassung der Wohnung zum Gebrauch - zu prüfen, ob die wohnungssuchende Person eine Wohnberechtigung für den konkreten Wohnraum besitzt. Eine Wohnberechtigung liegt vor, wenn die wohnungssuchende Person entweder einen Wohnberechtigungsschein vorlegt, aus dem hervorgeht, dass ihr Haushalt die nach der Förderzusage für den konkreten Wohnraum maßgeblichen Parameter einhält.

**Absatz 2:**

Dieser Absatz regelt das Auswahlverfahren.

**Fünfter Abschnitt**

**Zu § 51:**

Die Regelung bezeichnet Tatbestände von Ordnungswidrigkeiten, deren Verfolgung sich nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) richtet. Neben vorsätzlichem Handeln kann hier gemäß § 10 OWiG auch fahrlässiges Handeln geahndet werden, da § 44 fahrlässiges Handeln ausdrücklich mit Geldbuße bedroht.

Der Festlegung der Obergrenzen für die Geldbußen liegt eine abstrakte Bewertung der Schwere des jeweiligen Verstoßes zugrunde. Die Bemessung orientiert sich im Wesentlichen an dem wirtschaftlichen Vorteil, den die Täterin oder der Täter aus dem Verstoß zieht, berücksichtigt jedoch auch den gesellschaftlichen Nachteil entsprechender Verstöße angesichts des angespannten Wohnungsmarktes.

**Zu § 52:**

**Absatz 1:**

Dieser Absatz enthält aus Gründen der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit eine Abgrenzung der Förderverfahren und Maßnahmen, die auf der Grundlage des bisher geltenden Wohnraumförderungsgesetzes getroffen worden sind, sowie für noch nicht abgeschlossene Verfahren nach dem Wohnraumförderungsgesetz.

**Absatz 2:**

Die Vorschrift dient der Sicherung der Funktionsfähigkeit der Anstalten. Sie geht vom Grundsatz der Organkontinuität aus.

**Absatz 3:**

Mit Absatz 3 wird der Rechtsprechung des Berliner Landesverfassungsgerichtes in Bezug auf die Zulässigkeit haushaltswirksamer Volksgesetzgebung Rechnung getragen.

**Absätze 4:**

Das Gesetz tritt am Anfang des auf den Volksentscheid folgenden Kalenderjahres in Kraft.

Dementsprechend sind rückwirkende Mietsenkungen vor Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgeschlossen.

**Absatz 5:**

Bei der Formulierung dieses Gesetzes wurde der Ausgleich gesucht zwischen einer möglichst demokratischen und transparenten Gestaltung der Anstalten und der erforderlichen Praktikabilität. Nach vier Jahren Umsetzungserfahrung wird absehbar sein, ob ggf. weitergehende Möglichkeiten zur Mietermitbestimmung oder auch in Richtung der Übernahme von Teilen von selbst zu organisierenden Verwaltungsaufgaben eingeführt werden können. Keinesfalls soll es durch diese Evaluierung zu einer anschließenden Beschränkung der Mitbestimmung durch die Mieter oder die Fachbeiräte kommen.

**Absatz 6:**

Die Sechsmonatsfrist in Satz 1 legt die Erstellung eines Plans zur Umsetzung dieses Gesetzes fest. Die Umsetzung sollte durch ein durch die zuständige Senatsverwaltung einzusetzendes Begleitgremium unterstützt werden. Über den diesbezüglichen Fortschritt der Umsetzung sind halbjährlich Berichte zu veröffentlichen. Nach Inkrafttreten dieses Gesetzes greift die erweiterte Evaluationspflicht, welche die Grundlage für eine sachgerechte Fortentwicklung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin sein kann.

IV A2 → IV A1, IV A2, IV A3

Die umfangreichen Unterlagen zum IV A2, IV A27

**Senatsverwaltung für Inneres und Sport**



Mieten Volksentscheid sind jetzt in  
Hans. Da es sich um komprimierte

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, 10863 Berlin (Postanschrift) ZIP-Dateien

**Nur elektronisch**  
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung  
und Umweltschutz  
Senatsverwaltung für Finanzen

handelt, gibt  
es Probleme

- über die Verbindungsstelle - beim Öffnen.

Sie erhalten spätestens morgen  
Ausdrucke des Konvoluts.

Federführend für die Kostenschätzung

**Volksbegehren „Mietenvolksentscheid“** ist Herr Nitsch  
Antrag auf amtliche Kostenschätzung

Geschäftszeichen (bitte angeben)  
IA 14 - 0149/33 17, WP 08  
Bearbeiterin Frau Petersen  
Dienstgebäude Berlin-Mitte  
Klosterstraße 47, 10179 Berlin  
Zimmer 2706  
Telefon (030) 90223 - 2344  
Vermittlung (030) 90223 - 0  
intern 9223 - 2344  
PC-Fax (030) 9028 - 4315  
E-Mail IA1@seninmsport.berlin.de  
Internet www.berlin.de/sen/inneres

4. März 2015

Anlage

Luft, [redacted] 4/3



In der Anlage übersende ich den Antrag auf amtliche Kostenschätzung der Trägerin des geplanten Volksbegehrens „Mietenvolksentscheid“ einschließlich des Gesetzentwurfs mit Begründung zur Kenntnis und mit der Bitte um schnellstmögliche Übermittlung der amtlichen Kostenschätzung. Ich gehe davon aus, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz hierbei als federführend zuständige Fachverwaltung nach § 15 Absatz 1 Satz 1 des Abstimmungsgesetzes die amtliche Kostenschätzung in Abstimmung mit der beteiligten Senatsverwaltung für Finanzen erstellen wird.

Die amtliche Kostenschätzung sollte in knapper Form die wesentlichen Informationen in leicht verständlicher Art darstellen (im Umfang von etwa 2 bis 3 Sätzen).

Ich bitte insbesondere bei der Erstellung zu berücksichtigen, dass die amtliche Kostenschätzung Voraussetzung für den Beginn der Sammlung von Unterstützungserklärungen der Trägerin für den Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens ist. Zum Fristlauf für die Erstellung der amtlichen Kostenschätzung wurde vom Verfassungsgerichtshof in der Vergangenheit u. a. ausgeführt, dass eine amtliche Kostenschätzung „umgehend“ im Sinne des § 15 Absatz 1 Satz 1 des Abstimmungsgesetzes erstellt wird, wenn dies ohne schuldhaftes Zögern geschieht, das heißt so schnell und vordringlich, wie es der zuständigen Senatsverwaltung unter den jeweils gegebenen Umständen und unter Berücksichtigung des Interesses der Trägerin an alsbaldiger Erstellung möglich und zumutbar ist. Hierbei kann es sich in Abwägung zwischen dem Beschleunigungsgebot und dem Informationsinteresse der Bürger ggf. auch nur um eine grobe Schätzung handeln, die lediglich eine überschlägige, aber keine genaue Berechnung erfordert.

Sollte für die Erstellung der Kostenschätzung Klärungsbedarf zum Gesetzentwurf bestehen, übermitteln Sie mir bitte umgehend entsprechende Fragen, damit ich die Trägerin um ergänzende Darlegung bitten kann.

Ich gehe davon aus, dass mir die amtliche Kostenschätzung innerhalb eines Monats zugeht. Sollten Sie absehbar längere Zeit benötigen, bitte ich um Mitteilung unter Darlegung der Gründe, damit ich die Trägerin informieren kann.

Im Auftrag  
[redacted]

T

SenRef zwV

Über

StS BW

IV AbtL

IV A

Kopien erhalten vorab per mail:

- SenRef
- IV A 21
- IV A 27

**49. Sitzung AK V SPD-Fraktion am 04.03.2015, 10-13 Uhr  
Vorbereitung zu TOP 4 – Wohnraumgesetz weiteres Vorgehen****1. Stand der Expertenrunde zum Sozialen Wohnungsbau bei SenStadtUm**

- a) Die Expertenrunde (Moderation [REDACTED]; Teilnehmende: baupolitische Sprecher aller fünf AbgHs-Fraktionen, Vermieter- und Mieterverbände, einige Sozialverbände, Betroffeneninitiativen Kotti & Co und Sozialmieter.de) hat sich bisher dreimal getroffen. Themenschwerpunkte waren:
- Darstellung von Mieten und Wirtschaftlichkeit des Sozialen Wohnungsbaus anhand von 19 Fallbeispielen
  - Evaluierung des Berliner Wohnraumgesetzes
  - Transferleistungsempfänger im Sozialwohnungsbestand
  - Alternativmodelle zum geltenden Kostenmietrecht und zur Sicherung bezahlbarer Mieten für einkommensschwache Haushalte.
- b) Im März sind noch zwei weitere Sitzungen geplant:
- Sitzung am **17.03.** mit Themenschwerpunkten:
    - Grundzüge der Neufassung AV Wohnen (durch StS Gerstle, SenGesSoz)
    - Ergebnisse der Vermieterbefragung zur aktuellen Mietensituation
    - Praxis der IBB bei der Überprüfung des Instandhaltungszustandes der Sozialwohnungsbestände
  - Sitzung am **24.03.** mit Themenschwerpunkten
    - Ergebnisse der laufenden Mieterbefragung zur aktuellen Belegungs-, Einkommens- und Mietbelastungssituation
    - Kostenschätzungen für die Alternativmodelle im Sozialen Wohnungsbau
- c) SenStadtUm wird bis zur Sitzung am 24.03. auch die Eckpunkte seines Modells für individuelle Härtefallhilfen im Sozialen Wohnungsbau analog den Vereinbarungen des Mietenbündnisses mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften fertiggestellt haben. Ob dies aber tatsächlich bereits in der Expertenrunde am 24.03. präsentiert werden sollte, sollte nach Einschätzung von U. vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich gestarteten Initiative Volksbegehren „Mietenvolksentscheid“ noch einmal überdacht werden. Denn einige Initiatoren des Mietenvolksentscheides sind Mitglieder der Expertenrunde.



## 2. Volksbegehren Mietenvolksentscheid

- a) Das bisher in der Fraktion andiskutierte Vorgehen (für 2016 individuelle Härtefallhilfen nach dem Modell SenStadtUm; Diskussion über gesetzliche Änderungen beim Sozialen Wohnungsbau erst in der kommenden Legislaturperiode) dürfte vermutlich durch die Initiative „Mietenvolksentscheid“ so wie bisher geplant nicht mehr durchführbar sein.
- b) Laut Information SenInnSport werden die Initiatoren morgen den Antrag auf amtliche Kostenschätzung zu ihrem Gesetzentwurf „Berliner Wohnraumversorgungsgesetz“ mit den Schwerpunkten
- Mietenbegrenzung im Sozialen Wohnungsbau
  - Zweckbindung sämtlicher Einnahmen des Landeshaushaltes aus der Wohnungsbauförderung für Mietenbegrenzung sowie neue Neubau- und ModInst-Förderung
  - Umwandlung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften in Anstalten öffentlichen Rechts bei starker Kontrolle ihrer Geschäftstätigkeit durch Mieterbeiräte
- einreichen.
- c) Laut SenInnSport wollen die Initiatoren des Mietenvolksentscheids am **Dienstag 10.03.2015** eine Pressekonferenz abhalten.
- d) SenStadtUm i.V.m. SenFin wird von SenInnSport aufgefordert, unverzüglich die **amtliche Kostenschätzung** zu erstellen, die Bestandteil jeder Unterschriftenliste zur Unterstützung des Volksbegehrens sein muss. Der Zeitbedarf für die Kostenschätzung ist, lässt sich laut Vermerk SenInnSport „gegenwärtig nicht belastbar einschätzen“, dürfte aber vermutlich um Ostern herum aufzuliefern sein..
- e) In der Rückwärtsrechnung SenInnSport müssten die Initiatoren bis **Ende Mai 2015** (also binnen 2,5 Monaten) rd. 24.000 Unterstützungsunterschriften sammeln, wenn sie ihr Vorhaben erreichen wollen, ggf. gleichzeitig mit der **Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016** den Volksentscheid über ihren Gesetzesvorschlag herbeizuführen.

StS BW zK

Über

IV AbtL

IV A, IV A 3, IV A 21, IV A 27, GR A 12 und GR C erhalten diesen Vermerk per mail zK

**Verfahrensablauf Mietenvolksbegehren**

- 1) Frau [REDACTED] (SenInnSport) hat einen Vermerk über das **gestrige Beratungsgespräch** mit den Vertrauenspersonen „Mietenvolksentscheid“ übersandt. Wie aus dem Vermerk (S. 4 und 5) ersichtlich ist, hat SenInnSport den Initiatoren über die bloße Beratung zum Verfahren des Volksbegehrens hinaus auch schon die Ergebnisse der von SenStadtUm und SenFin vorgenommenen vorläufigen rechtlichen Einschätzung des Gesetzentwurfs einschließlich etwaigen nachbesserungsbedarfs mitgeteilt.
- 2) Laut SenInnSport werden die Initiatoren voraussichtlich kommende Woche **Mittwoch (04.03.2015)** bei SenInnSport den **Antrag auf amtliche Kostenschätzung** zu ihrem Gesetzentwurf einreichen. Dem Antrag ist der Gesetzentwurf (liegt uns bereits vor) mit Begründung (fehlt bisher) beizufügen.
- 3) **SenStadtUm i.V.m. SenFin** werden dann von SenInnSport aufgefordert, unverzüglich die **amtliche Kostenschätzung** zu erstellen, die Bestandteil jeder Unterschriftenliste zur Unterstützung des Volksbegehrens sein muss. Der Zeitbedarf für die Kostenschätzung ist, lässt sich laut Vermerk SenInnSport „gegenwärtig nicht belastbar einschätzen“.
- 4) Laut Frau [REDACTED] wollen die Initiatoren des Mietenvolksentscheids am **Dienstag 10.03.2015** eine Pressekonferenz abhalten.
- 5) In der Rückwärtsrechnung SenInnSport müssten die Initiatoren bis **Ende Mai 2015** (also binnen 2,5 Monaten) rd. 24.000 Unterstützungsunterschriften sammeln, wenn sie ihr Vorhaben erreichen wollen, ggf. gleichzeitig mit der **Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016** den Volksentscheid über ihren Gesetzesvorschlag herbeizuführen.
- 6) Möglichkeiten, mit Verfahrensfragen den Start der Unterschriftensammlung zu verzögern, werden von SenInnSport nicht gesehen.
- 7) Der **Fachbereich hat keine Zweifel daran, dass es den Initiatoren möglich sein wird, die erforderlichen 24.000 Unterschriften zusammenzubekommen.**
- 8) Aus Sicht des Fachbereichs erscheint es empfehlenswert, dass mindestens das Haus SenStadtUm, wünschenswerterweise SenStadtUm i.V.m. SenFin, idealerweise auch der Senat **bereits zum Pressetermin der Initiative eine abgestimmte Haltung** zu den drei Bestandteilen des Gesetzentwurfs
  - a) Zweckbindung sämtlicher Rückflüsse der alten Wohnungsbauförderung für Mietensubventionierung des alten Sozialen Wohnungsbaus, Neubau- und ModInst-Förderung
  - b) Umwandlung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften in Anstalten öffentlichen Rechts, die durch Mieterbeiräte kontrolliert werden
  - c) Gesetzliche Regelung der Neubau- und ModInst-Förderungentwickeln sollten.

[REDACTED]

---

**Von:** [REDACTED]  
**Gesendet:** Freitag, 27. Februar 2015 16:04  
**An:** [REDACTED]  
**Cc:** [REDACTED]  
**Betreff:** AW: Mögliches Volksbegehren "Mietenvolksentscheid"; Arbeitsunterlage für das weitere Verfahren

Sehr geehrter Herr Dr. [REDACTED],

die Trägerin ist nach § 13 des Abstimmungsgesetzes bereits durch Anzeige als Personenvereinigung unter Benennung von Vertrauenspersonen erklärungs- und handlungsfähig. Eine bestimmte Rechtspersönlichkeit (hier eingetragener Verein) ist durch das Gesetz nicht gefordert. Die Vorschrift sieht ausdrücklich vor, dass eine Mehrheit von Personen oder eine Personenvereinigung Trägerin sein kann. Entscheidend ist allein, dass bei der Anzeige die Personenvereinigung als Trägerin die Vertrauenspersonen und somit die im Weiteren uns gegenüber im Verfahren ausschließlich erklärungsberechtigten Personen benennt.

Sollte Sie dies juristisch abweichend sehen, sollten Sie sich mit Ihren Bedenken ggf. noch einmal telefonisch mit Herrn [REDACTED] austauschen.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

[REDACTED]

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

IA 14 - [REDACTED]

Klosterstr. 47, 10179 Berlin

Tel. 030/9(0)223-23 44, Fax 030/9(0)28-43 15

[REDACTED]@seninnsport.berlin.de

Organisations-E-Mail: [IA1@seninnsport.berlin.de](mailto:IA1@seninnsport.berlin.de) (nicht für Dokumente mit elektronischer Signatur zu verwenden)

-----Ursprüngliche Nachricht-----

**Von:** [REDACTED]

**Gesendet:** Freitag, 27. Februar 2015 14:45

**An:** [REDACTED]

[REDACTED]

**Betreff:** AW: Mögliches Volksbegehren "Mietenvolksentscheid"; Arbeitsunterlage für das weitere Verfahren

Sehr geehrte Frau [REDACTED],

danke sehr für die Informationen zur Besprechung mit den Initiatoren des Mietenvolksentscheids.

Hierzu habe ich folgende Nachfragen:

(1) Dem Gesprächsvermerk entnehme ich, dass Trägerin des Volksbegehrens "Mietenvolksentscheid" wohl nicht Ihre Gesprächspartner als natürliche Personen (bzw. als "Mehrheit von Personen" im Sinne von § 13 AbstG), sondern der Verein "Mietenvolksentscheid" als juristische Person sein soll?

(2) Dieser Verein trägt in Ihrem Gesprächsprotokoll den Zusatz "in Gründung", d.h. Eintragung in das Vereinsregister ist noch nicht erfolgt? Liegen Ihnen Vereinssatzung, Protokoll der Gründungsversammlung, Protokoll der Vorstandswahl und Protokoll der Benennung Ihrer Gesprächspartner als Vertrauenspersonen vor?

(3) Wenn der Verein bereits kommenden Mittwoch bei Ihnen den Antrag auf Kostenschätzung stellen will, kann ich davon ausgehen, dass Sie bzw. Ihr Haus die Frage geklärt haben bzw. rechtzeitig vor der Weiterleitung des förmlichen Antrags auf Kostenschätzung an SenFin und SenStadtUm klären werden, ab welchem Zeitpunkt eine noch im Gründungsprozess befindliche juristische Person Trägerin gemäß § 13 AbStG bzw. Antragsberechtigte gemäß § 14 AbStG sein kann? Würde es sich hier um ein Verwaltungsverfahren nach VwVfG handeln, hätte ich zumindest erhebliche Zweifel daran, ob ein in Gründung befindlicher Verein bereits Handlungsfähigkeit gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 3 besäße.

Mit freundlichen Grüßen

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt  
- IV A 2 -  
Württembergische Straße 6  
10707 Berlin

Tel. 0049-30-90139-4760

Fax 0049-30-90139-4762

@senstadtum.berlin.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Gesendet: Freitag, 27. Februar 2015 12:00

Betreff: WG: Mögliches Volksbegehren "Mietenvolksentscheid"; Arbeitsunterlage für das weitere Verfahren

Sehr geehrte Herren,

in der Anlage übersende ich als Dokumentation des gestrigen Beratungsgesprächs mit der Trägerin "Mietenvolksentscheid" die erstellte "Arbeitsunterlage" einschließlich der Anlage mit einer groben Zeitskizze zur Kenntnis.

Die Trägerin hat angekündigt, den Antrag auf amtliche Kostenschätzung hier am kommenden Mittwoch einzureichen. Für den 10. März 2015 ist seitens der Trägerin eine Auftakt-Pressekonferenz geplant.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

I A 14 -  
Klosterstr. 47, 10179 Berlin

Tel. 030/9(0)223-23 44, Fax 030/9(0)28-43 15

@seninnsport.berlin.de

Organisations-E-Mail: [IA1@seninnsport.berlin.de](mailto:IA1@seninnsport.berlin.de) (nicht für Dokumente mit elektronischer Signatur zu verwenden)

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: [REDACTED]

Gesendet: Freitag, 27. Februar 2015 11:51

[REDACTED]

Betreff: Mögliches Volksbegehren "Mietenvolksentscheid"; Arbeitsunterlage für das weitere Verfahren

Sehr geehrte Frau Dyck,

anliegend übersende ich Ihnen den Gesprächsvermerk von gestern sowie weitere Verfahrenshinweise zur Kenntnis und mit der Bitte um Weiterleitung auch an die weiteren Vertrauenspersonen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[REDACTED]

Senatsverwaltung für [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED] Berlin

Tel. 030/9(0)223-23 44, Fax 030/9(0)28-43 15

[REDACTED]@seninnsport.berlin.de

Organisations-E-Mail: [IA1@seninnsport.berlin.de](mailto:IA1@seninnsport.berlin.de) (nicht für Dokumente mit elektronischer Signatur zu verwenden)

Gesprächsvermerk und konkretisierte Verfahrenshinweise

**Mögliches Volksbegehren „Mietenvolksentscheid“**  
Beratungsgespräch nach § 40a AbstG

Anlage

Am 26. Februar 2015 wurde ein Beratungsgespräch mit der Initiative „Mietenvolksentscheid“ in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport durchgeführt. Dieser Gesprächsvermerk wird den Beteiligten übermittelt und dient diesen als Arbeitsgrundlage für das weitere Verfahren.

Am Gespräch haben teilgenommen

von der Trägerin „Mietenvolksentscheid“:

- Frau Hamman (Vors. Verein i. G. „Mietenvolksentscheid“)
- Herr Kuhnert (Vertrauensperson)
- Herr Leps (Vertrauensperson)
- Herr Manzey (Vertrauensperson)
- Herr Bernt (Vertrauensperson)
- Herr Taheri

von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport (SenInnSport):

[REDACTED]  
[REDACTED], I A 14

Einleitend wurde von Herrn [REDACTED] die Zielsetzung des Beratungsanspruchs einer Trägerin nach § 40a des Abstimmungsgesetzes (AbstG) dargelegt. Der Beratungsanspruch der Trägerin gegenüber der SenInnSport erstreckt sich über das gesamte Verfahren. Das Verfahren zum Volksbegehren liegt bis zum Ende der so genannten 1. Stufe (Antragstellung auf Einleitung eines Volksbegehrens) prinzipiell in der Durchführungsverantwortung der Trägerin. Der Trägerin wurde die Broschüre der Landesabstimmungsleiterin „Direkte Demokratie in Berlin“ übergeben.

Die Teilnehmenden stellten sich kurz vor.

Für SenInnSport besteht lediglich eine begleitende Rolle. Es ist nicht die Aufgaben der Verwaltung einen Gesetzentwurf gemeinsam mit der Trägerin zu entwickeln. **Auch kann sie hierbei insbesondere der Entscheidung des Senats über die Zulässigkeit des Volksbegehrens nicht vorgreifen.** Die Entscheidung des Senats über die Zulässigkeit auf der Grundlage einer vertieften rechtlichen Prüfung steht am Ende der 1. Stufe (Antragstellung auf Einleitung eines Volksbegehrens).

Zum organisatorischen Rahmen, einschließlich formalrechtlicher Zulässigkeitsvoraussetzungen (Anforderungen an die Unterstützungsunterschriften):

Die Uz. skizzierte grob den Verfahrensablauf. Ansprechpartnerin für die Trägerin in allen Fragen im Rahmen der Beratung nach § 40b AbstG ist die SenInnSport, die ggf. ihrerseits notwendige Beteiligungen anderer Senatsverwaltungen veranlasst.

Die Kommunikation mit der Trägerin (/Vertrauenspersonen) erfolgt bis auf weiteres im Allgemeinen elektronisch über die Vertrauensperson Frau Dyck.

#### **Ablaufplan:**

##### **Vorbereitung der 1. Stufe**

Antrag auf amtliche Kostenschätzung bei SenInnSport (§ 15 Absatz 1 Satz 1 AbstG)

- schriftlich
- Benennung der Trägerin und der fünf Vertrauenspersonen
- Unterzeichnung des Antrags durch mindestens drei der fünf benannten Vertrauenspersonen (§ 16 Absatz 1 Satz 2 und 3 AbstG)

Anlage Gesetzentwurf mit Begründung

parallel

*optional (!) „unbürokratische“ Abstimmung der Unterschriftenliste der Trägerin mit SenInnSport  
Unterschriften sind auf Unterschriftenliste oder -bögen zu leisten, die den Anforderungen entsprechen (§ 15 Absatz 1 Satz 4 und 5, § 15 Absatz 4 AbstG) – bitte Muster beachten (S. 34/35 Broschüre)*

unmittelbare Weiterleitung des Antrags an die zuständige Fachverwaltung zur Erstellung der amtlichen Kostenschätzung

unverzüglich Erstellung der amtlichen Kostenschätzung und Übermittlung an die Trägerin durch SenInnSport (Zeitraum für Erstellung gegenwärtig nicht belastbar einschätzbar)

Fertigstellung der Unterschriftenlisten durch Ergänzung der amtlichen Kostenschätzung und Sammlung von Unterstützungserklärungen durch die Trägerin

*Achtung! Um die benötigten 20.000 gültigen Unterstützungsunterschriften zu erreichen und damit die Zulässigkeitsvoraussetzungen zu erfüllen, sollte von bis zu 20% ungültigen Unterschriften ausgegangen werden. Um eine diesbezügliche Unzulässigkeitsfeststellung zu vermeiden, wird unter Zugrundelegung der bisher gesammelten Erfahrungen empfohlen, mindestens rund 24.000 Unterstützungserklärungen für den Antrag auf Einleitung zu sammeln.*

*Alle Unterschriften müssen handschriftlich geleistet werden. Mit Telefax oder elektronisch übermittelte Erklärungen sind ungültig! Die Bezirksamter sind in dieser Verfahrensstufe grundsätzlich nicht beteiligt.*

*Die häufigsten Fehler, die zur Ungültigkeit führen und auf die bei einer Sammlung von Unterstützungserklärungen geachtet werden sollte:*

- *fehlende Wahlberechtigung zum Abgeordnetenhaus (vorrangig sollte dazu bei der Sammlung auf Erstwohnsitz in Berlin, Alter und Staatsangehörigkeit geachtet werden)*
- *unleserliche, falsche oder unvollständige Daten sowie Mehrfacherklärungen (es muss eine eindeutige Identifizierung der unterstützenden Person anhand des Melderegisters möglich sein - jede Unterstützungserklärung wird anhand des Melderegisters geprüft und bei bereits zur Person vermerkter Unterstützung werden alle weiteren Unterstützungsunterschriften der gleichen Person als ungültig festgestellt)*

##### **Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens (1. Stufe)**

schriftlicher Antrag an SenInnSport auf Einleitung eines Volksbegehrens (mit dessen Wortlaut, dem Gesetzentwurf und der Gesetzesbegründung)  
§ 14 AbstG

Unterzeichnung des Antrags durch mindestens drei der fünf benannten Vertrauenspersonen (§ 16 Absatz 1 Satz 2 und 3 AbstG)

gleichzeitig

- Nachweis der Unterstützung des Antrags durch mind. 20.000 gültige Erklärungen/

Unterschriften von Personen, die im Zeitpunkt der Erklärung zum Abgeordnetenhaus von Berlin wahlberechtigt sind – die Erklärung darf vom Eingang der Antragstellung gerechnet, nicht älter als 6 Monate sein - § 15 Absatz 1 Satz 2 und 3 AbstG

- Benennung der fünf Vertrauenspersonen mit Namen und Wohnsitzanschrift § 16 Absatz 2 AbstG
- Versicherung aller Vertrauenspersonen an Eides statt, dass der Anzeigepflicht von Spenden nach § 40b AbstG vollständig und richtig nachgekommen wurde. § 40b Absatz 2 AbstG

unmittelbare Weiterleitung der Unterstützungsunterschriften an die Bezirksämter zur Prüfung der Gültigkeit (Rückmeldung des Prüfungsergebnisses binnen 15 Tagen an SenInnSport)

parallel Prüfung der SenInnSport, ob die Anforderungen nach §§ 10 bis 16 AbstG erfüllt sind – ggf. Aufforderung an die Trägerin zur Behebung von Zulässigkeitsmängeln, soweit diese gesetzlich eröffnet ist (ohne fest bestimmten Zeitraum)

anschließend Mitteilung des Gesamtergebnisses der Zulässigkeitsprüfung an die zuständige Senatsverwaltung, die dem Senat einen Beschlussvorschlag über dessen Standpunkt gegenüber dem Abgeordnetenhaus (Abgh) unterbreitet (Entscheidung des Senats binnen 15 Tagen)

anschließend Übermittlung des Antrags auf Einleitung eines Volksbegehrens und des Standpunkts des Senats an das Abgh (verwaltungstechnische Umsetzung ca. 1 – 2 Wochen)

viermonatige Beratungszeit des Abgh, ob der Antrag der Trägerin in seinem wesentlichen Bestand unverändert angenommen wird (§ 17 Absatz 7 AbstG)

Ist dies nicht der Fall, kann die Trägerin daran anschließend nach § 18 Absatz 1 AbstG

- innerhalb eines weiteren Monats
- schriftlich (durch mindestens drei Vertrauenspersonen)
- bei SenInnSport
- die Durchführung des Volksbegehrens verlangen.

(Es sind erneut Erklärungen über Spenden nach § 40b Absatz 2 AbstG vorzulegen.)

Das Verfahren geht mit Eingang des Verlangens verwaltungsseitig auf die Landesabstimmungsleiterin über und wird dann mit Unterstützung ihrer Geschäftsstelle in Zusammenarbeit mit den Bezirksämtern fortgesetzt.

### **Durchführung eines Volksbegehrens (2. Stufe)**

Verlangen auf Durchführung wird von der Landesabstimmungsleiterin innerhalb von 15 Tagen im Amtsblatt für Berlin bekannt gemacht

Die Eintragsfrist soll in der Regel 15 Tage später beginnen.

Innerhalb der Eintragsfrist von vier Monaten kann die Zustimmung zum Volksbegehren

- in den amtlichen Auslegungsstellen
- im Rahmen der so genannten „freien Sammlung“

erklärt werden. Die Trägerin erhält zu Zwecken der „freien Sammlung“ in bestimmtem Umfang amtliche Unterschriftsbögen gestellt.

Die Erstellung der (amtlichen) Unterschriftenbögen liegt in der Verantwortung der Landesabstimmungsleiterin, diese hat insbesondere auf eine neutrale Formulierung zu achten, sodass die Gestaltung zwar grundsätzlich in Abstimmung mit der Trägerin, ggf. aber auch ohne ihr Einverständnis von der Landesabstimmungsleiterin festgelegt wird.

Erklären im Sammlungszeitraum von vier Monaten mindestens 7 % der zum Abgeordnetenhaus Wahlberechtigten (ca. 173.000) ihre Unterstützung, ist das Volksbegehren zustande gekommen und es kommt zum ...

### **... Volksentscheid (3. Stufe)**



Im Weiteren wurde eine grobe Zeitskizze mit einer Rückrechnung ausgehend vom möglichen Termin zur Abgeordnetenhauswahl verteilt (Anlage).

#### Hinweis zu Spendenanzeige

Von Beginn an müssen alle Geld- und Sachspenden an die Trägerin nach § 40b AbstG unverzüglich gegenüber SenInnSport<sup>1</sup> angezeigt werden, wenn diese in ihrem Gesamtwert die Höhe von 5.000 € übersteigen. Von bestimmten Organisationen dürfen nach § 40c AbstG keine Spenden angenommen werden (siehe wiedergegebene Vorschriften am Ende).

Der Trägerin wird kurzfristig ein Worddokument mit dem Muster eines Unterschriftenbogens übersandt.

Vor der Erörterung des Gesetzentwurfs wurde seitens der Trägerin nochmals die Zielsetzung des geplanten Vorhabens allgemein erläutert. Die Trägerin kündigte an, dass sie für den 10. März eine Pressekonferenz zur Vorstellung des Volksbegehrens plant.

#### Materiellrechtliche Zulässigkeitsvoraussetzungen des Volksbegehrens:

Herr [REDACTED] erläuterte zu den materiellrechtlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen des Volksbegehrens unter Hinweis darauf, dass es sich lediglich um eine vorläufige Bewertung nach erster Durchsicht des Gesetzentwurfs durch SenInnSport, SenStadtUm und SenFin handelt, Folgendes:

Das Volksbegehren fällt voraussichtlich nicht unter den Ausschlussbestand der „Tarife öffentlicher Unternehmen“ nach Artikel 62 Absatz 2 der Verfassung von Berlin und § 12 Absatz 1 des Abstimmungsgesetzes, da der Gesetzentwurf insbesondere keine Festschreibung der Höhe der Mieten der Wohnungen im Bestand der öffentlichen Wohnungsunternehmen Berlins enthält und die Regelungen im vierten und fünften Abschnitt des Gesetzentwurfs als Vorschriften des sozialen Wohnraumförderungsrechts keine allein auf die öffentlichen Wohnungsunternehmen beschränkten Bestimmungen über Miethöhen darstellen.

Auch dürfte das v. a. in der Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs entwickelte so genannte Koppelungsverbot im Fall des hiesigen Volksbegehrens nicht zu einer förmlichen Aufteilung der Gegenstände des Volksbegehrens zwingen. Alle Bestimmungen des Gesetzentwurfs haben die Rolle des Landes Berlin in der Förderung und Erhaltung von Wohnraum zu sozialverträglichen Mieten zum Gegenstand und stehen daher in einem sachlich engen Zusammenhang.

Hinsichtlich der Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs mit höherrangigem Recht (Verfassung von Berlin, Bundes- und Unionsrecht - § 12 Absatz 2 des Abstimmungsgesetzes) teilte Herr [REDACTED] mit, dass SenStadtUm und SenFin nach einer ersten groben Prüfung des Gesetzentwurfs grundsätzlich keine Zulässigkeitshindernisse festgestellt hätten, auch wenn gegenwärtig nicht ausgeschlossen werden könne, dass Einzelvorschriften möglicherweise modifiziert werden müssten, um eine zweifelsfreie Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht zu gewährleisten.

Herr [REDACTED] wies hinsichtlich des vierten und fünften Abschnitts des Gesetzentwurfs darauf hin, dass Artikel 125a GG eine bloße Änderung von Bundesrecht verbiete, nach der Rechtsprechung von BVerfG und BerlVerfGH eine (Teil-)Ersetzung von Bundesrecht aber erlaube.

<sup>1</sup> Um eine zügige Bearbeitung zu unterstützen, wird gebeten, die Spendenanzeigen an die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, I A 14, Klosterstr. 47, 10179 Berlin zu richten.

Es komme daher darauf an, ob ein sinnvoll abgrenzbarer Teilbereich des Bundesrechts ersetzt werde.

Im Anschluss wies Herr [REDACTED] darauf hin, dass einige Kernregelungen des Gesetzentwurfs (z. B. §§ 3 Absatz 3, 7 Absatz 3, 13 Absatz 1, 2, 5 und 6, § 14 Absatz 4) vage formuliert seien und hier gegebenenfalls in einigen Punkten eine Konkretisierung zu erwägen sei, um dem verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebot zu genügen. Diese Prüfung sei allerdings in erster Linie Sache der beteiligten Fachverwaltungen.

Zudem bedürfe es seitens SenInnSport noch der Prüfung, ob die Regelungen über die Verwaltung des Wohnraumförderfonds und die Aufsicht der Sen'Wohnen' über die AöR im Gesetzentwurf wegen Artikel 67 Absatz 3 der Verfassung von Berlin eine Änderung des Allgemeinen Zuständigkeitskatalogs zum Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz (ZustKat AZG) erforderlich machten. Da es sich bei diesen Aufgaben um Leitungsaufgaben im Sinne des Artikels 67 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 der Verfassung von Berlin handeln dürfte, spreche allerdings einiges *gegen* eine Änderung des ZustKat AZG.

## Auszug aus dem Abstimmungsgesetz

### § 40b - Mitteilung von Einzelspenden

(1) <sup>1</sup>Geld- oder Sachspenden, die in ihrem Gesamtwert die Höhe von 5 000 Euro übersteigen, sind der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders und der Gesamthöhe der Spenden unverzüglich anzuzeigen. <sup>2</sup>Für Sachspenden ist der marktübliche Preis maßgebend.

(2) Die Vertrauenspersonen versichern mit dem Antrag auf Behandlung einer Volksinitiative nach § 4, dem Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens nach § 14, dem Verlangen der Durchführung eines Volksbegehrens nach § 18 sowie 15 Tage vor dem Abstimmungstermin eines Volksentscheids an Eides statt, dass der Anzeigepflicht vollständig und richtig nachgekommen worden ist.

(3) <sup>1</sup>Die Geldspenden sind von der Trägerin gesondert auf einem Konto unter Angabe des Spenders und des gespendeten Betrages zu verwalten. <sup>2</sup>Sachspenden sind in einem schriftlichen Protokoll zu verzeichnen, in dem der Spender, der Gegenstand der Sachspende und der marktübliche Wert ausgewiesen werden. <sup>3</sup>Die für Inneres zuständige Senatsverwaltung kann bei Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für eine unvollständige Anzeige nach Absatz 1 anordnen, dass die Trägerin Unterlagen über Spenden vorlegt und ihr kontoführendes Geldinstitut ermächtigt, der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung Auskunft über die Einzelspenden sowie Name und Anschrift der Spender zu erteilen. <sup>4</sup>Die Anordnung kann im Wege der Verwaltungsvollstreckung durchgesetzt werden.

(4) Die für Inneres zuständige Senatsverwaltung veröffentlicht die Angaben nach Absatz 1 fortlaufend im Amtsblatt für Berlin und übermittelt sie dem Landesabstimmungsleiter, der die Angaben zusätzlich im Internet veröffentlicht.

### § 40c - Spendenverbot

<sup>1</sup>Eine Trägerin einer Volksinitiative oder eines Volksbegehrens darf keine Geld- oder Sachspenden annehmen von

- 1. Fraktionen und Gruppen der Parlamente, kommunalen Vertretungen und Bezirksverordnetenversammlungen,
- 2. Unternehmen, die ganz oder teilweise im Eigentum der öffentlichen Hand stehen oder die von ihr verwaltet oder betrieben werden, sofern die direkte Beteiligung der öffentlichen Hand 25 Prozent übersteigt.

<sup>2</sup>Ist eine Partei Trägerin einer Volksinitiative oder eines Volksbegehrens, so gilt für die Trägerin § 25 Absatz 2 des Parteiengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl. I S. 149), das zuletzt durch Artikel 5a des Gesetzes vom 24. September 2009 (BGBl. I S. 3145) geändert worden ist, entsprechend.

### § 42 - Datenverarbeitung

(1) Die Bezirksämter dürfen die auf den Unterschriftslisten und -bögen (§ 5 Abs. 1 bis 3, § 15 Abs. 1 bis 3, § 22 Abs. 3 bis 7) enthaltenen personenbezogenen Daten der unterzeichnenden Personen sowie der Trägerin der Volksinitiative oder des Volksbegehrens speichern, nutzen und löschen, soweit dies zur Durchführung der Volksinitiative und des Volksbegehrens, insbesondere zur Prüfung der Gültigkeit von Unterstützungsunterschriften, erforderlich ist.

(2) Bei der Prüfung der Unterstützungsunterschriften dürfen die Bezirksämter auch Daten nach Absatz 1 von Personen speichern, nutzen und löschen, die ihre Wohnung nicht in dem jeweiligen Bezirk haben.

(3) Die gespeicherten Daten sind nach Ablauf der Rechtsbehelfsfrist für den jeweiligen Verfahrensabschnitt zu löschen, soweit sie nicht für ein verfassungsgerichtliches Verfahren von Bedeutung sein können.

---

Auch für die Trägerin gelten die Datenschutzausführungen auf den Unterschriftenbögen sowie die allgemeinen Datenschutzbestimmungen. Eine Verwendung der Daten ist nur für den Zweck des Volksbegehrens zulässig. Sollte der Trägerin bei Abbruch der Sammlung bzw. bei Zugang von weiteren Unterschriftenbögen nach Abgabe des Antrags auf Einleitung eines Volksbegehrens eine datenschutzgerechte Entsorgung nicht möglich sein, besteht das Angebot, die Unterlagen der SenInnSport zu übergeben, die dann für eine ordnungsgemäße Vernichtung sorgen würde.